

Die Diskussionen über Genf
Die Bemühungen des
„Vorposten“
Die Frage der öffentlichen
Versammlungen
Neue Zwischenfälle in Stadt
und Land

DANZIGER

Volksstimme

Geschäftsstelle: Danzig, Am Svendbohus 6, Fernsprechanschl. der Geschäftsleitung 287 05. Schriftleitung 215 60. Bezugspreis monatl. 3,- G., wochentl. 0,75 G.; in Deutschland 2,50 Goldmark; durch die Post 3,- G. — monatl. für Kommerzien 5,-. Abon. Angelegenheiten: 1 nam 0,16 G.; Reklamen: 1 mm 0,80 G.; in Deutschland 0,16 u. 0,80 Goldmark. — Abonnements u. Inseratenaufträge in Polen nach dem Danz. Tageskurs

27. Jahrgang Dienstag, den 4. Februar 1936 Nr. 29

Krampfhaftige Bemühungen des „Vorposten“ in der Frage der öffentlichen Versammlungen

Die Diskussionen über Genf

In der Redaktion des „Vorposten“ scheint jemand zu sitzen, der die geistreiche Aufgabe hat, den ersten nach den Januar-Beschlüssen des Bölkerbundesrates im „Vorposten“ erschienenen Artikel regelmäßig und täglich umzuschreiben, um ihn dann als neues Geistesprodukt laufend wieder nachzudrucken. Auf diese Art wird er in die Lage versetzt, seine Spalten immer wieder mit der „Feststellung“ zu füllen, daß die Oppositionsparteien mit ihren Bemühungen, für den Staat verfassungsmäßige Zustände zu schaffen, ihm also die Rechtsgrundlagen für das gesamte öffentliche Leben in der vorgeschriebenen Weise zu sichern, „dem Vaterland einen Zubadient geleistet“ und „die eigene Regierung verbeßt“ hätten.

Zu diesen täglichen Feststellungen des „Vorposten“ gehört zu Zeiten auch noch, daß die Opposition „sich blamiert“, daß sie einen „Mißerfolg“ davongetragen habe, daß sie „unangenehm überrascht“ sei, und was es an ähnlichen Beweisführungen für den unerhörten Erfolg gibt, den die Nationalsozialisten mit der eindeutigen Verurteilung ihrer Politik in Genf erreicht haben wollen. Der „Vorposten“ wird jedenfalls nicht müde, das immer wieder zu versichern.

Wie ehrlich ist er doch trotz alledem im Grunde, wenn man bedenkt, auf welche Tatsache er einzig und allein seine Beweisführung stützt. Er klammert sich an eine Galgenfrist, er freut sich dießhalb darüber, daß der Reich der Neuwahl noch einmal für eine gewisse Zeit an ihm vorübergegangen ist, daß er und die NSDAP. also für diese Zeit noch einmal dem Urteilspruch des Volkes entgangen ist. Und diese Galgenfrist bucht er als einen Erfolg. — Es ist noch nicht einmal ein Jahr her, da zweifelte er und die Führer der NSDAP. keinen Augenblick daran, daß die Nationalsozialisten in kürzester Zeit die Zweidrittelmehrheit, ja 90 Prozent aller Stimmen erringen würden, um auf schleunigem Wege die Verfassung ändern zu können. Inzwischen ist er so bescheiden geworden, daß er es schon als einen Erfolg bucht, wenn im Augenblick noch eine Neuwahl verhindert wird, die den Nationalsozialisten den Verlust der einfachen Mehrheit, ja ihr Abgleiten in eine, machtpolitisch gesehen, hoffnungslosere Minderheit bringt. — So geht der Ruhm der Welt dahin.

Natürlich hindert den „Vorposten“ das alles nicht daran, mit möglichst großem Stimmaufwand die Stärke der NSDAP. zu verfechten. Klappern gehört zum Handwerk, und je mehr man sich auf's Haupt geschlagen fühlt, um so mehr muß man sich als Sieger gebärden, weil das wenigstens noch die kleine Chance in sich schließt, daß es irgend jemand glaubt. Das ist ein altes Rezept, das die NSDAP. immer wieder angewandt hat, wenn es um sie sehr bedenklich stand, aber — wie der „Vorposten“ in einer Ausbuchtung von Ehrlichkeit dieses Mal jeßte — wenigstens „noch mit dem blauen Auge dabongekommen“ war.

Der „Vorposten“ glaubt nun noch, der Bevölkerung ein X für ein U machen zu können, indem er auf die nationalsozialistischen Versammlungen hinweist und fragt, wo die Opposition bleibe. Dem „Vorposten“ sei gesagt, was die Bevölkerung, ohne es zu wissen, für selbstverständlich hält, nämlich, daß beispielsweise die Sozialdemokratische Partei sofort nach dem Bekanntwerden der Genfer Beschlüsse in Verhandlungen mit den Besitzern der größten Säle, Messehalle, Sporthalle usw., getreten ist, um diese zur Veranstaltung öffentlicher Versammlungen zu erhalten. Der „Vorposten“ wird nicht bezweifeln, daß für solche Versammlungen in Danzig ein dringendes Bedürfnis vorliegt. Er kann sich das einmal von der Bevölkerung bestätigen lassen. Bis jetzt ist es der Sozialdemokratischen Partei jedoch nicht gelungen, diese Säle zugesagt zu erhalten. — Deshalb, das brauchen wir weder dem „Vorposten“ noch der Bevölkerung zu sagen, denn jedermann kennt die hier in Danzig herrschenden Zustände.

Der „Vorposten“ kann aber sicher sein, daß diese Verhältnisse auch eines Tages noch bedenklich werden, und daß ihm demnach auch die öffentlichen Versammlungen, die im übrigen nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch die anderen Oppositionsparteien planen, nicht erspart bleiben dürfen. Er soll nicht den Mund so voll nehmen. Die endgültige Blamage wird dadurch nämlich nur um so klarer erkennbar werden.

Als ein geeignetes Mittel, um die Opposition vollends in die Finsternis zu schlagen, sieht es der „Vorposten“ nun noch an, über einige Führer der Opposition ehrenrührige Dinge zu verbreiten, wie wir bereits in unserer Sonnabendausgabe berichteten. Der „Vorposten“ sagt zwar: „Man beschämt sich, wenn man in irgendeinem dieser Reden greift“, aber er scheint dabei in seinem Element zu sein, denn er läßt die weiteren Mitteilungen dießbezüglicher Art an. Er büßt dabei noch einige unangenehme Ueberraschungen erleben, aber es ist ja nicht unsere Sache, ihn davor zu warnen.

Woher der „Vorposten“ seine Informationen hat? Das ist in der Messehallenversammlung dem Herrn Forster — wir nehmen an, unabhängig — entfallen. Er sprach nämlich ein, daß seine Informationen über die Oppositionsparteien von Menschen kommen, die täglich zur NSDAP. und zum „Vorposten“ gelaufen kommen, um für Geld ihre eigene Partei zu verraten, und fügte wörtlich hinzu: „Es ist kein Wunder, daß, wenn die Führer dieser Parteien immer wieder Volk und Vaterland verraten, ihre Anhänger gegen Vorteile und Geld auch ihre Partei ver-

lassen.“ Herr Forster gibt damit zu, was wir schon lange vermuteten, aber wegen der Ehrenschutzbestimmungen nicht äußern durften, daß nämlich die Informationen des „Vorposten“ über die Oppositionsparteien auf Verleumdungen von Menschen aufgebaut sind, die man als „bezahlte Spitzel“ und „künstliche Kreaturen“ durchaus treffend bezeichnet. Man wird deshalb künftige „Vorposten“-Berichte entsprechend einschätzen.

Weshalb Beschlagnahme der Volksstimme?

Ein Gerichtsbeschluss

Zu der letzten Beschlagnahme der „Danziger Volksstimme“ ist uns heute folgender Gerichtsbeschluss zugehakt worden:

Die nach § 23 des Pressegesetzes in Verbindung mit § 1 der NSDAP. über Druckschriften vom 30. 6. 1933 (Ges.-Bl. S. 290) erfolgte polizeiliche Beschlagnahme der Nummer 25 der „Danziger Volksstimme“ vom 30. 1. 1936 wird auf Grund des § 24 des Pressegesetzes gerichtlich bestätigt.

Gründe:

Der Artikel „Nach drei Jahren“, Betrachtungen zum Geburtstag des 2. Reiches, ergibt den Verdacht eines Vergehens nach § 130² StGB.

In ihm wird behauptet, daß nicht der rechtskräftig abgeurteilte und verurteilte, sondern führende Persönlichkeiten der NSDAP. den Reichstagsbrand verursacht haben könnten. Im Deutschen Reich sind Staat und NSDAP. eins. Die Ausführungen in dem Artikel sind daher geeignet, die Interessen des Danziger Staates zu gefährden. Der entsprechende Vorfall des Täters muß nach Lage der Sache bejaht werden, da die Täterschaft bei dem Reichstagsbrand gerichtlich festgestellt ist.

Der Artikel bietet auch Anlaß zu Störungen des öffentlichen Friedens.

Die Beschlagnahme war daher gerichtlich zu bestätigen.

Danzig, den 1. Februar 1936.
— Das Amtsgericht, Abt. 23 —
gez. Dr. Neumann.

Man wird über die Begründung dieser Beschlagnahme noch vor Gericht zu sprechen haben.

Erörterungen über die Nachfolgerschaft Hitlers

Die Andeutungen in den Reden des Reichskanzlers — Eine angelegliche Regelung

Die „Neue Zürcher Zeitung“ gibt eine bedeutungsvolle Meldung ihres Berliner Korrespondenten über die Frage der etwaigen Nachfolgerschaft des Reichskanzlers Hitler wieder. Der Korrespondent verweist auf die letzte Rede Hitlers, in der dieser besonders betont habe, daß die Dauer des nationalsozialistischen Regierungssystems nicht mehr an eine einzige Person gebunden sei. „Wer von uns heute das Auge schließt“, so fuhr der Redner fort, „der weht hinter ihm stehen zehn andere! Diese Bewegung wird nicht mehr vergehen. Sie wird Deutschland weiter führen.“ Es sei auffallend, so meint das Blatt weiter, daß Hitler jetzt bereits dreimal hintereinander in seinen Reden — in der Schlussrede des Nürnberger Parteitagess 1935 vor den Unterführern der Partei, in Detmold und neuerdings in Berlin —

auf die Lösung der Frage seiner Nachfolgerschaft hinweist. Der Berliner Korrespondent der „N. Z. Z.“ will nun erfahren haben, daß „in der Tat eine Regelung der Nachfolgerschaft Hitlers bis in alle Einzelheiten getroffen worden ist.“ Diese Regelung sehe vor, daß, wenn Hitler aus irgendwelchen Gründen seine Funktionen als Staatsoberhaupt nicht mehr ausüben könne, die gesamte Gewalt an ein Triumvirat übergehe, das aus den drei Reichsministern Göring, Heß und Blomberg bestehe. Als primus inter pares (Erster unter Gleichen) dürfte dabei, so meint das Blatt, Göring den vorherrschenden Einfluß auf die Staatsführung gewinnen.

Das Blatt, dem wir die Verantwortung für die Richtigkeit der Meldung überlassen müssen, bemerkt, daß die Lösung vollkommen auf der Linie der innenpolitischen Entwicklung der letzten anderthalb Jahre liege. Danach werde die zukünftige Staatsspitze aus Göring als Repräsentant des eigentlichen politischen Regimes, das alle Neuerungen des staatlichen Lebens erlasse, Rudolf Heß als zweiter Chef der Nationalsozialistischen Partei, Blomberg als Oberbefehlshaber der Armee, gebildet. Das am 1. August 1934, wenige Stunden vor dem Tode Hindenburgs beschlossene „Gesetz für das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches“, das noch die Ernennung eines einzigen Stellvertreters durch Hitler vorgegeben hatte, sei in diesem Punkt überholt.

Bedeutungsvolle Beratungen in Paris

Neuorientierung der europäischen Politik — Um den Donauraum

Das Interesse der Weltöffentlichkeit wird zur Zeit durch das große diplomatische Ereignis in Paris beansprucht, an dem Staatsoberhäupter und Außenminister zahlreicher Staaten teilnehmen. Der französische Außenminister Paul-Boncour hat gestern abend noch den englischen Botschafter empfangen und ihn über Inhalt und Gang seiner Unterredungen unterrichtet. Die Verhandlungen werden zweifellos in engstem Zusammenhange mit London geführt. Die Erörterung erstreckt sich sowohl auf die Gesamtlage der Weltpolitik wie auch auf eine Reihe spezieller Probleme. In Paris rechnet man damit, daß den jetzt geführten mündlichen Verhandlungen in kurzer Zeit schriftliche Abmachungen folgen werden.

Die diplomatischen Besprechungen der in Paris anwesenden Staatsoberhäupter und Minister mit den führenden französischen Staatsmännern nahmen im Laufe des Montag Nachmittags ihren Fortgang. König Boris von Bulgarien empfing nach seiner Zusammenkunft mit dem Präsidenten der Republik in der Gesandtschaft seines Landes den französischen Ministerpräsidenten Sarraut und Außenminister Poincaré. Vor diesem Besuch hatte Poincaré den englischen Botschafter in Paris sowie den albanischen Außenminister und den albanischen Gesandten empfangen.

König Carol von Rumänien, der, wie jetzt bekannt wird, dem französischen Ministerpräsidenten und dem Außenminister im Verlauf der Besprechungen am Montagvormittag die Insignien des Großkreuzes des Kronenordens von Rumänien überreicht hat, empfing am Nachmittag den Oberbefehlshaber des französischen Heeres, General Gamelin.

Der türkische Außenminister Rüschü Kraş war in Begleitung des türkischen Botschafters am Montag Mittag beim griechischen Gesandten zu Gast. Nachmittags begab er sich zum französischen Ministerpräsidenten Sarraut. Prinzregent Paul von Jugoslawien traf am Montagabend von London kommen in Paris ein.

Ueber das vermutliche Pariser Ergebnis zu urteilen, wäre verfrüht. In Paris werden die Probleme erörtert, die Euro-

pa im Augenblick in so hohem Maße bewegen. „Kollektives Sicherheit“ hört man aus Frankreich. Gewiß auch; aber nur „auch“, denn ein Problem berührt das andere. England hat seinen Wunsch ausgedrückt, den Bölkerbund im Jahre 1936 so stark zu machen wie noch nie zuvor. Dieser Gedanke ist in der englischen Politik vorherrschend; und es unterliegt keinem Zweifel, daß Eden in diesem Sinne in London gearbeitet hat. Und hierin ist sich aber auch Frankreich einig. In Paris scheint es aber in der Hauptsache um das Inkraftkommen des Donaupaktes zu gehen. Paris—London—Moskau, auf dieser Linie liegen die Vorbereitungen in London; und jetzt gilt es, auch die Kleine Entente, die österreichischen Nachfolgersstaaten und Desterreich selbst zu erfassen. Italien, der bisherige politische und wirtschaftliche Garant Desterreichs, ist durch den um Abessinien entstandenen Konflikt mehr und mehr in den Hintergrund gekommen. Desterreich selbst hat sich nach neuen Orientierungspunkten umgesehen; den Besuch des Bundeskanzlers Schöningh in Prag war — obgleich er mit wirtschaftlichen Absichten begründet wurde — doch sehr aufschlußreich. Soll nun Rußland an die Stelle Italiens treten? Noch ist alles in der Schwebe, aber manche Anzeichen deuten darauf hin. So ist auch die große Wichtigkeit des rumänischen Außenministers Titulescu einzuschätzen. Rumänien hat mit Rußland einen Freundschaftsvertrag abgeschlossen, es ist nun bemüht, Rußland an den mitteleuropäischen Dingen noch mehr zu interessieren. Ueber Bulgarien also könnte Rußland an den Donaupakt herangeführt werden. In naher Zukunft wird man sehen können, inwieweit dies gelungen ist.

Die Zusammenkünfte in Paris können also der europäischen Politik ein viel bestimmteres Gesicht geben. Ein enger Zusammenfluß der Kleinen und Balkan-Entente, unter Ausschluß Desterreichs, und darüber die politische und wirtschaftliche Schuß- und Nachstellung der großen Reiche England, Frankreich, Rußland; das scheint der Gedanke zu sein, der der Bewirtung entgegensteht.

Der Kampf um den Arbeitsplatz

Sparmaßnahmen und Entlassungen — Die Arbeit in den öffentlichen Betrieben

Als die „Danziger Volksstimme“ kürzlich einen Bericht über die Prozesse wegen der Entlassungen aus den städtischen Betrieben gab, lagen zwar schon einige Urteile des Arbeitsgerichts vor. Diese bezogen sich aber sämtlich auf weniger als 10 Jahre Beschäftigte. Der Umfang und die Art der Erörterungen, die das Arbeitsgericht in den Prozessen der mehr als 10 Jahre Beschäftigten anstellte, schlen die Hoffnung zu rechtfertigen, daß das Arbeitsgericht in allen diesen Fällen seinen früher einmal angenommenen Standpunkt beibehalten werde. Inzwischen hat jedoch

das Arbeitsgericht unter dem Vorsitz des Assessors Dr. Birk auch die Klage der mehr als 10 Jahre Beschäftigten Arbeiter des Elektrizitätswerks, des Krankenhauses und des Stadtparks abgewiesen.

Die schriftliche Begründung liegt noch nicht vor. Man wird jedoch kaum fehlgehen, wenn man annimmt, daß sich diese Begründung eng an diejenige anschließt, die in den Prozessen der weniger als 10 Jahre Beschäftigten gegeben worden ist. Das ist auch offenbar die Meinung, des, wie es scheint, der Behörde nahestehenden Verfassers eines Artikels in den „Danziger Neuesten Nachrichten“ vom 23. Januar.

Da infolge dieser Berichterstattung die Gefahr besteht, daß die an diesen Fällen, insbesondere nach der Ratsentscheidung in Sachen Rud-Schmode, lebhaft interessierte Öffentlichkeit ein schiefes Bild von den Motiven der Kläger und Aufgaben des Gerichts gewinnen, können wir an einer Stellungnahme nicht vorbeigehen, auf die Gefahr hin, uns wiederholend oder forträtigieren zu müssen, wenn die schriftliche Begründung vorliegen werden. Es handelt sich eigentlich um vier ganz verschiedene Gruppen von Fragen, die von den Entlassenen aufgeworfen sind. Die wichtigste ist selbstverständlich

die politische Seite der Sache.

Warum, so fragen sie, haben die städtischen Betriebe, die nicht leugnen können, in den letzten zwei Jahren sämtlich viele Neueinstellungen, und zwar ausschließlich von Nationalsozialisten, vorgenommen zu haben, jetzt, wo angeblich Entlassungen nötig sind, nicht auf diese zurückgegriffen, sondern statt dessen langjährig bewährten Arbeitern gekündigt? Der Senat beruft sich auf eine Rechtsprechung des Landesarbeitsgerichts, die ungefähr besagt, daß eine Entlassung, die wegen Arbeitsmangels erfolgt, im allgemeinen nicht als Maßregelung angesehen werden könne. Es kommt uns hier nicht darauf an, zu untersuchen, ob der Satz in dieser Allgemeinheit berechtigt ist. Es scheint uns sehr wohl Fälle geben zu können, vor allem bei Großbetrieben, in denen Massenentlassungen so offensichtlich zu einer Reinigung der Betriebe von politisch unliebsamen benutzt werden, daß die politische Tendenz unverhüllt in Erscheinung tritt.

Nationalsozialistische Arbeiter der Polnischen Staatsbahn in Danzig selbst haben sich ja kürzlich daran berufen, daß sie die Auswahl gerade von deutschsprachigen Eisenbahnern bei an sich notwendigen Massenentlassungen als unzulässig empfänden.

Was aber Angehörigen der nationalen Bevölkerungsmehrheit gegenüber einem der nationalen Minderheit angehörigen Arbeitgeber recht ist, muß schließlich auch dem nationalsozialistischen Bevölkerungsteil in einem zur Zeit noch von Nationalsozialisten regierten Staat billig sein. Aber auf diese Frage, die wie zugegeben sehr delikate ist, kommt es hier noch nicht einmal an. Der Tarifvertrag der Staats- und Gemeinbediensteter hat es der Verwaltung verboten, nach parteipolitischen Gesichtspunkten Arbeitereinstellungen vorzunehmen. Wenn diesem Tarifvertragsverbot beharrlich zuwidergehandelt wurde — daß das geschehen konnte, ist eine der zahlreichen schlimmen Folgen der Verzögerung des Gewerkschaftsprozesses — dann genügt schon dieser Umstand, um die durch die Ausweitung des Apparats späterhin notwendig werdenden Entlassungen als politische Maßregelung erscheinen zu lassen.

Dieser Tatsache gegenüber wird eigentlich nichts anderes eingewandt, als daß

nur eben Sparmaßnahmen ergriffen worden seien.

Der Verfasser des Artikels in den „Danziger Neuesten Nachrichten“ behauptet, daß diese Sparmaßnahmen als solche nicht bestritten worden seien. Es scheint uns recht billig zu sein, die mangelnde Klarheit über die tatsächlichen Vorgänge in den öffentlichen Verwaltungen, die durch die fehlende Vorlegung des Haushaltsplanes hervorgerufen ist und an der die „Danziger Kommunalpolitik“ leidet, den in Unkenntnis gelassenen Bürgern zum Vorwurf zu machen. Will der Verfasser des Artikels in den „D. N.“ etwa einige entlassene Arbeiter zum Vorwurf machen, daß sie nicht den — natürlich noch nicht beweisbaren — Verdacht aussprechen, daß nach Abschluß dieses Prozesses wieder Neueinstellungen vorgenommen werden und zwar nur von Nationalsozialisten? Es gibt, wie ja die Öffentlichkeit weiß, einige Fälle, die einem solchen Verdacht aufkommen lassen könnten. Wir erinnern z. B. an die kürzlich vor den ordentlichen Gerichten verhandelte Klage der auf Wartegeld geleisten Polizeibeamten, die behaupteten, daß

nach ihrer Verlegung in den Wartestand — die auch nur aus Ersparnisgründen in Frage kommen konnte — neue Beamten-Erneuerungen vorgenommen worden sind.

Wir können aber auch an einen Fall eines städtischen Arbeiters erinnern, der in seinem Prozeß wegen seiner Entlassung vorgebracht hat, daß seine Stelle in Wirklichkeit gar nicht eingeparkt werden könne. — Unmittelbar nach Rechtskraft des die Klage abweisenden Urteils sind nicht weniger als drei Neueinstellungen in diesem Betriebe erfolgt.

Bei dieser Verknüpfung des Senats auf seine eigenen Sparmaßnahmen ist aber vor allem ersichtlich, daß er sich niemals dazu bereit gefunden hat, auf den doch wirklich nachliegenden und auch von den Klägern erhobenen Einwand einzugehen, daß

ein Haushaltsplan der Stadtgemeinde Danzig überhaupt für das Jahr 1935 nicht besteht.

weil nämlich ein solcher Haushaltsplan nur von der Stadtbürgerchaft beschloffen werden kann, von dieser aber nicht beschloffen worden ist. Es handelt sich also bei diesen Sparmaßnahmen um Anweisungen des Senats an die ihm unterstellten Behörden, auf die er sich seinen eigenen Arbeitern gegenüber beruft, als ob es Gesetze wären, gegen die er machtlos sei.

Dieser, wie uns scheint entscheidende Gesichtspunkt, ist vor den Arbeitsgerichten sehr in den Hintergrund

getreten. Viel mehr Gewicht als auf den Art. 79 der Danziger Verfassung, hat das Gericht auf die Bedeutung des Bürgerlichen Gesetzbuches gelegt, das besagt, daß

Rechtsnachteile, die gegen die guten Sitten verstoßen, nichtig sind.

Die Gerichte sind nämlich häufig in die Notwendigkeit versetzt worden, die Behauptung von Entlassenen nachzuprüfen, daß ihre Kündigung völlig willkürlich, sozial gänzlich ungerechtfertigt und wirtschaftlich überflüssig gewesen sei, da anderweit weniger Beschäftigte, sozial Bessergestellte statt ihrer hätten entlassen werden können. Man wird sich eines peinlichen Gefühls nicht erwehren können, wenn man sich die Tragweite dieses Vorwurfs vor Augen führt: daß ein solcher Vorwurf gegenüber einer öffentlichen Behörde überhaupt erhoben werden kann, daß nicht vielmehr die Stadtgemeinde Danzig, wenn sie schon Massenentlassungen vornehmen muß, sich aus sorgfältigste Hütet, auch nur den leisesten Vorwurf der Ungerechtfertigkeit auf sich zu laden.

Das Arbeitsgericht scheint anzunehmen, daß man keinen allzu strengen Maßstab an die notwendige soziale Gerechtigkeit im Falle von Massenentlassungen anlegen dürfe.

Uns scheint die Sachlage gerade umgekehrt zu sein. Massenentlassungen aus öffentlichen Betrieben sind schon an sich etwas Unerwartetes und in normalen Zeiten Unvorstellbares, daß, wie man sich so erinnern wird, vor noch nicht vielen Jahren eine Verordnung des „Vollkommissars“ die städtischen Arbeiter zu den Festbesoldeten gerechnet hat.

Der Arbeiter eines Privatunternehmens muß damit rechnen, daß der Betrieb, in dem er beschäftigt wird, größere oder geringere Auftragsmängel, bessere oder schlechtere Erträge haben und seine Stellung dadurch erschüttert werden kann. Der Arbeiter in einer städtischen Verwaltung aber wird immer damit rechnen können, daß der Aufgabenkreis der öffentlichen Betriebe im wesentlichen stets der gleiche bleibt und daher seine Stellung bei dieser Behörde gesichert sein wird. Die unangehörigen soziale Massenentlassungen aus den städtischen Betrieben jedermann erscheinen, besetzt am besten die Tatsache, daß der Senatspräsident Greiser, als er kurz nach der Guldenabwertung im Volkstag über die zukünftige Finanzpolitik sprach, diese Sparmaßnahmen — von denen die Entlassungen aus den städtischen Betrieben mit ein Kernstück bilden — als „rigoros“ bezeichnete.

Man wird sich auch erinnern, wie empfindlich der „Danziger Vorposten“ auf die Massenentlassungen bei der polnischen Staatsbahn reagierte hat.

Wenn nun aber unverschuldete Entlassungen überhaupt als so regelwidrig und nur durch äußerste Not entschuldbar erscheinen, dann sollte, so wird jeder Unbefangene finden, wenigstens jede unnötige Härte vermieden werden. Es handelt sich hier ja nicht mehr darum, daß irgendeinem einzelnen Menschen Unrecht geschieht, sondern um etwas viel Schlimmeres, daß nämlich einer ganzen Gruppe von Leuten, die sich nicht gleichgültig lassen, nach 10 oder 20 Dienstjahren, ohne jede Rücksicht auf die lange Dienstzeit der Ebnst vor die Straße gesetzt wird.

Es hätte im übrigen eines Eingehens auf diese peinliche Art von Einwürfen nicht bedurft, wenn der Senat sich nicht mit allen Mitteln bemüht hätte, den Arbeitern der öffentlichen Betriebe das Recht vorzuenthalten bzw. wieder zu nehmen, das der Arbeiter in Privatbetriebe besitzt, nämlich das Arbeitsgericht auch gegen den Willen des Arbeiterratschusses mit der Berufung anrufen, daß die Kündigung unbillig hart ist. Bekanntlich hat das sogenannte Arbeitsordnungsgesetz vom 8. 3. 1934 den Arbeitnehmern der Privatbetriebe das Recht befallen, eine Kündigungsein-

spruchsklage zu erheben, in der nichts weiter bewiesen zu werden braucht, als daß es

sozial gerechter gewesen wäre, einen anderen zu entlassen.

Es hat sogar eine gewisse Erleichterung eingeführt, da nur noch die Notwendigkeit besteht, den Vertrauensrat, der an Stelle des Arbeiterratschusses getreten ist, anzurufen, aber nicht mehr wie früher, seine Zustimmung einzuholen. Eine Verbesserung liegt darin allerdings nur dann, wenn man die jetzige Zusammensetzung der Betriebsvertretungen in Betracht zieht und an der Tatsache vorbeirachtet, daß Neuwahlen der Betriebsvertretungen mit Gewißheit zu Körperschaften führen würden, die sich mehr als die jetzigen bemühen, ohne politische Voreingenommenheit sich mit dem Schicksal ihrer Kollegen zu befassen. So lange aber Neuwahlen der Betriebsvertretungen verhindert werden, liegt in der Zulassung der Einspruchsklage gegen den Willen des Vertrauensrates ein notwendiger Ausgleich für ihre parteipolitisch einseitige Zusammensetzung. Aus unbekanntem Gründen ist aber damals — im Mai 1934 —

den Arbeitern der öffentlichen Betriebe dieses Recht vorzuenthalten worden.

unter Bezugnahme auf die Absichten des Gesetzgebers der ersten Verordnung, die leider den Betroffenen und der Öffentlichkeit verborgen sind, weil es (wie es an sich dem Willen der Verfassung entspricht) bei der Gesetzgebung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes an jeder parlamentarischen Diskussion fehlt, aus der man die Erwägungen des Gesetzgebers entnehmen könnte. In dieser Frage dürfte aber die Wahrscheinlichkeit nach der Schwerpunkt der Verhandlungen in zweiter Instanz liegen.

Selbst wenn man nämlich in dieser Frage zu einem für die Betroffenen ungünstigen Ergebnis kommen würde, so müßte nach ihrer Ansicht die Folge sein, daß man dann auch das

rückwirkende Inkrafttreten der anderen Bestimmungen dieser Verordnung für unzulässig halten müßte.

Damit aber wäre die Erhebung der Tarifvertragsbestimmungen durch eine „Dienstordnung“, in der der Gehalt der mehr als 10 Jahre Beschäftigten auf ein Mindestmaß herabgemindert wird, hinfällig. Früher machte der Tarifvertrag der Staats- und Gemeinbediensteter die Entlassungen der mehr als 10 Jahre Beschäftigten von der Zustimmung eines unparteiisch zusammengesetzten Kündigungsausschusses abhängig, die dieser nur erteilen durfte, wenn eine „Beschuldigung“ irgendwelcher Art gegen den Arbeiter erhoben werden konnte. Jetzt soll nach der Dienstordnung der in seiner Zusammensetzung völlig veränderte Kündigungsausschuss, dessen Mitglieder nämlich nicht mehr unabhängig sind (es handelt sich um den von Beschlüssen des Senats abhängigen Treuhänder der Arbeit als Vorsitzenden, ein der Beschlüsse der Betriebsvertretung, einen Vertreter der Arbeitsfront und zwei Senatsvertreter) ohne jede Schranke, nach seinem freien Ermessen seine Zustimmung erteilen oder verweigern können.

Wird diese Dienstordnung nicht,

so sind alle Kündigungen, um die es sich in diesen Prozessen handelt, schon deshalb unwirksam, weil der Kündigungsausschuss nicht in der richtigen Zusammensetzung entschieden hat. Die Entlassenen meinen, daß die Vorschriften der Dienstordnung schon deshalb nicht in Betracht kommen, weil ihre Arbeitsverträge, wie es in dem ersten Tarif ausdrücklich steht, wörtlich mit diesem alten Tarifvertrag übereinstimmen und ihnen die Rechte, die sich daraus ergeben, auch durch Gesetz nicht genommen werden können.

Die Tragweite, die die Entscheidung des Landesarbeitsgerichts weit über den Kreis der unmittelbar Beteiligten hinaus für das gesamte öffentliche Leben Danzigs haben kann, rechtfertigt es, daß dem

Ausgang dieser Prozesse mit wohl dem gleichen Interesse entgegenzusehen werden kann, wie es die Bevölkerung der Ratsentscheidung in den Fällen Rud-Schmode entgegengebracht hat

und man kann wohl hoffen, daß es gelingen wird, diese Fälle in nicht ganz so langer Zeit und mit geringerer Erschütterung zu einer gerechten Entscheidung zu bringen.

17jähriger Burtsche wollte die „Volksstimme“ beschlagnahmen

Der „maßgebende Mann von Altmünsterberg“

Am Sonnabend nachmittag holte ein kleiner Junge — wie üblich — ein Paket „Danziger Volksstimme“ vom Postamt in Altmünsterberg ab. Da es schon etwas dunkel geworden war, fielen die Eltern des Jungen es für ratsam, dem Kleinen einen Verwandten entgegen zu schicken. Er traf am Rande des Dorfes drei junge Leute, die dort anscheinend Warten standen. Es waren, wie sich später herausstellte, ein Junge in Jungpolkuniform namens Johann Wulski, ferner der 17 Jahre alte Arbeiter Viktor Simon und der ebenso „alte“ oder vielmehr junge Jungschärführer Peter Wiebe, der ebenfalls die braune Uniform trug. Der Junge, der die „Volksstimmen“ geholt hatte, und sein erwachsener Verwandter passierten die Drei, ohne daß etwas Besonderes vorfiel. Man machte sich nur gegenseitig auf den Träger des Zeitungspakets aufmerksam. Auf einem Felde, das von der Fabrik etwa einen Kilometer entfernt, überholten die drei Polenkreuzer die beiden „Volksstimmen“-Träger, fielen sie an und forderten die Herausgabe des Zeitungspaketes. Der 17jährige Wiebe, der den Mädelsführer dabei spielte, hatte eine Schußwaffe in der Hand. Ob es eine wirkliche Waffe oder eine Attrappe war, konnte in der Dunkelheit nicht sicher festgestellt werden. Der Beileiter des Zeitungspaketes lachte den Jungschärführer aus und fragte ihn, mit welchem Recht er Polizei spielte, worauf der 17jährige Burtsche erwiderte: Ich habe das Recht dazu, denn ich bin der maßgebende Mann in meinem Bezirk! (Wenn August Beckhausen das sieht, wird er gelb vor Neid werden!) Da der Arbeiter lieb sich von diesem „maßgebenden Mann“ im Alter von 17 Jahren nicht verblüffen, sondern erzwang sich freien Weg. Die „Volksstimmen“ kamen auch in die Hände ihrer Bezieher.

Die zuständigen Behörden werden sich sicherlich für den jungen Mann und seine beiden Komplizen, die in Altmünsterberg Polizeigewalt ausüben wollten, interessieren müssen.

Neue danzig-polnische Vereinbarung

Die Danzig ist eine Vereinbarung zwischen Polen und Danzig über die Einfuhr von Wehl, Getreide und Roggenströht in den Freizustand und über den Verkauf von Blumen auf dem Gebiete des Freizustates unterzeichnet worden.

Wieder Schaufenster zertrümmert

Nächtlicher Vandalismus in der Altstadt

Nächtliche Elemente haben sich in der vergangenen Nacht wieder einmal betätigt. Zerschlagen wurden zwischen 3 und 4 Uhr morgens die Türscheibe und eine Schaufensterscheibe des Schuhgeschäftes Marcus in der Hütergasse eingestrichen und völlig zertrümmert. Nachbarn, durch das Geräusch aus dem Schlaf geweckt, eilten aus Fenstern, worauf sie sahen, wie einige Personen eiligst flüchteten.

Kurze Zeit darauf stieg eine Schaufensterscheibe des Kaufhauses Widawski, Ecke Altkösterlicher Gra-den-Schulzen-gasse, in Scherben, obwohl hier die Schaufenster durch ein enamahtiges Gitter geschützt sind. Da Steine in dem beschädigten Schaufenster nicht zu finden sind, müssen die Scheiben durch Schläge mit einem Hammer oder einer Eisenklinge zertrümmert worden sein.

Auch auf die „Volksstimme“ wurde ein Mitternat versucht

Nur durch einen Zufall sind die dunklen Elemente bei dem Sogantieren der „Danziger Volksstimme“ nicht zu ihrem Ziel gekommen. Versucht wurde, auch diese Schaufenster zu zertrümmern. Nachbarn, hörten 20 Minuten vor 1 Uhr starke Klopfen gegen Glas, worauf sie sofort aus Fenstern eilten und nach der Ursache der Geräusche anschaute. Das nächtliche Täter bemerkte haben, worauf sie eiligst in Richtung Sackwerk flüchteten. Beim Schmelze einer Laterne sah man deutlich drei Täter, die sich in voller brauner Uniform befanden.

Der „Vorposten“ hat im April vorigen Jahres vor Entzündung sich überlagern, als in Neustadt Schaufenster- und andere Scheiben bei den Deutschen in Neustadt zertrümmert wurden. Ob er jetzt das Gleiche tun wird?

Nach der Nacht wieder eingeschlagen. In dem Untersuchungsgefängnis Liegenhof befindet sich zur Zeit der 10 Jahre alte Arbeiter Paul H. aus Lupatshof, der, gemeinsam mit zwei Komplizen, einen Wandwirt überfiel und niederstieß. H. wurde im Untersuchungsgefängnis mit Hausarbeit beschäftigt. Dabei hatte er Gelegenheit, alte Wandkisten zu sammeln, die er zu einem Strick zusammenknüpfte. Bei günstiger Gelegenheit band er den Strick an die Krampfe einer Bodenleuchte und ließ sich in den Gefängnisgarten hinab. Von dort gelang es ihm, in die Stadt zu flüchten, doch wurde er nach kurzer Zeit entdeckt und ins Gefängnis zurückgebracht.

Villen-Terrain soll angegeschlossen werden

Zoppot will sich sanieren

Die Finanzlage Zoppots ist gut und gesund, behauptete besoldeter Stadtrat P. Temp in seinem erst Ende v. J. erhaltenen Etatsbericht 1935/36. Demgegenüber wies der Reichsvertreter Zoppots in der dieser Tage zum zweiten Male vor dem Arbeitsgericht verhandelten Entlassungsklage von drei über 20 Jahre bei der Stadtgemeinde beschäftigten Bürogehilfen darauf hin, daß die zu Personaleinsparungen zwingende ungünstige Finanzlage der Stadt die Entlassungen rechtfertige.

Diese beiden sich widersprechenden Finanzgutachten, kann jeder Zoppoter Bürger je nach seiner Einstellung ansetzen. Tatsache ist jedenfalls, daß der Zoppoter Magistrat auf der Sache nach neuen

Einnahmequellen

ist. Er glaubt solche nun in der baulichen Erschließung des Geländes zwischen Glettkau und Zoppot zu finden, das die Stadt lange vor dem Kriege zum großen Teil aus dem Besitz des Landtagsabgeordneten Heinrich Riedert erworben hat. In großen Umfassen wird dieses Terrain westlich vom Eisenbahndamm, nach der See zu, von den vor vier Jahren trockengelegten ehemaligen Nieselselbrenn besetzt, die auch ursprünglich dazu gehörten. Letztere sind bekanntlich seither durch Anpflanzung von Baum- und Strauchgruppen als Kernstück zukünftiger Parkanlagen, Sport- und Spielplätze hergerichtet worden. Das in Aussicht genommene Siedlungsgebiet in unmittelbarer Nähe dieses Grüngürtels als

Villenkolonie

gedacht, soll nun durch Anlage von Straßenzügen baulich gemacht werden. Kommissionen der Bauverwaltung des Zoppoter Magistrats nebst Vertretern zukünftiger Senatsabteilungen haben kürzlich an Ort und Stelle gewellt, an Hand von Plänen das Gelände besichtigt und die Einzelheiten der projektierten Aufteilung durch das zu schaffende Straßennetz besprochen.

Auf der Zoppoter Seite ist man im Großen und Ganzen bereits zu einem abschließenden Urteil über die Rengestaltung gekommen, da man auf frühere Vermessungen zurückgreifen konnte. Neben einem breiten etwa parallel mit dem Strande laufenden Fahrweg sind eine Hauptverbindungsstraße zur See in der Nähe des Rennplatzes und dazu gehörige Straßen-Durchverbindungen vorgesehen. Schwieriger ist die Aufteilung und der Anschluß an Glettkauer Gebiet, da hier Senat und Stadtverwaltung Danzig zuständig sind. Bei Glettkau liegt eine zu Zoppot gehörende Enclave, abgetrennt von Zoppot durch einen zu Oliva gehörenden Geländestreifen. Um die Abtretung des letzteren laut dem Wege des Austausches von Zoppoter Siedlungsland hat die Stadt Zoppot schon früher

Verhandlungen mit dem Senat

geführt, die aber bisher an den Danziger Ansprüchen scheiterten. In der allernächsten Zeit sollen hier nun weitere Vermessungen erfolgen, die wohl zu einem Anschieß der Zoppoter und Oliva-Danziger Interessen führen dürften. Dann steht der einschleichen Straßensanierung und Zoppots baulicher Entwicklung nach der Glettkauer Seite, die dem Stadtsiedel eine zusätzliche Entlastung bringen soll, nichts mehr im Wege. Immer vorausgesetzt, daß sich in absehbarer Zeit genügend kapitalkräftige Käufer für Villen-Terrains und Bauherren für die dort zu errichtenden Park-Sohnhäuser finden lassen.

Die leerstehenden Wohnungen in Zoppot haben seit dem 1. d. M. wieder eine beträchtliche Zunahme erfahren. Die zur Auswanderung nicht geeigneten Personen haben die dringende Aufforderung erhalten, während bis 31. März abzureisen. — Mehrere sind allerdings in Zoppot aus erwerbsfähigen Familien, die häßliche Unterbringung beziehen, abgeleitet, sich in Deutschland gegen Errichtung der Ausreisepässe Arbeit zu suchen.

Oktoberfest mit Enzianlikör

Eine Verhandlung vor dem Landesarbeitsgericht

Eine Artillerie-Regiment vor dem Landesarbeitsgericht am Sonntag gegen den Gaunertyp Nipka auf Zahlung von 98 Gld. Die Klage war mit ihrer Klage beim Arbeitsgericht abgewiesen worden, jedoch wurde die Sache für beratungsfähig erklärt. Der Gaunertyp 2, verurteilt wurde, zeitlich ein Jahr nach bayerischer Art. Hieran ließ er durch seinen Geschäftsführer Tolstoj zwei Artilleristen engagieren, die in Danzestrast einige Tische vorführten, aber auch von Tisch zu Tisch gehen und Tisch verlasten sollten. Die Verhandlungen hierüber wurden auf dem Arbeitsamt getrieben. Als die Artillerie von ihrem Dienst antrat, verpackte man ihr einen Pappmännchen-Timer mit Eis und Wasser und einen Steintrübe Enzianlikör. Die dazu gehörigen Gläser sollte sie in dem Gläser nach Gebrauch spülen! Sie hielt es unter ihrer Würde als Artillerie, mit dem etwa 10-12 Pfund schweren Timer durch den Saal zu wandern, und lehnte diese Arbeit ab. Darauf wurde sie entlassen.

Der Vertreter der Klage wies darauf hin, daß jeder beim Engagement die Art und Weise des Verkaufs nicht geklagt worden ist. Andererseits hätte sie die Beschäftigung von mehreren angelehnt. Außerdem hätte sie ihr schändliches Empfinden gegen die Spaltung der Gläser in dem Timer geäußert.

Das Landesarbeitsgericht war der Meinung, daß dieser Artillerist die Arbeit von Servicepersonal wäre und nicht die einer Artillerie. Es ist also außer als Servicepersonal Zahlung von 20 Gulden vor. Der Beklagte lehnte diesen Vergleich ab. Es sollte nun noch einige Jungen geholt und der Pappmännchen-Timer mit Füllung dem Gericht vorgelegt werden, um das Gewicht zu prüfen. Dazu wurde ein neuer Termin festgesetzt.

Die Dreipost nach Amerika im Schran

Abgang von Danzig am: 5. 11. 12. 17. 19. 24. 25. 31. Februar und am 2. und 4. März um 21.15 Uhr. Diese Abgangszeiten sind für die Schiffsreise bestimmt. Die Abfahrt zum Zwecke des 22.5. beim Postamt 1 = 21.15; beim 31. Februar 3 Danzig (21.15) = 21.15 Uhr.

Der Entwurf der Anträge fertigt das Postamt 5 (21.15) vorzubereiten, die nach einem Tag früher als die Schiffsreise nach den Abgangszeiten der Dampfer bestimmt werden. Es liegt im eigenen Vorteil der Reisenden, die Entlohnungen zu prüfen, bevor sie in die Postämter einzureisen, um zu wissen, welche Entlohnungen die Entlohnungen sind bei einzelnen Postämtern.

Es besteht über einen Reiseversicherungsschein in wie folgt zu beschreiben: Es liegt nicht Paul Kasper gegen die H. J. jenseits Gensy Kasper gegen die Landesversicherungsanstalt. Der Antrag ist einzureichen, weil Paul Kasper hat Gensy die Zulassung seines Sohnes Gensy beantragt.

Aus aller Welt

Zwischenfall im Nordprozeß Seefeld

Das braune Tuch — Das geheimnisvolle Gift

Die Verhandlungen im Nordprozeß Seefeld vor dem Schweriner Schwurgericht beginnen nunmehr, in der dritten Verhandlungswoche, in ein entscheidendes Stadium zu treten. Bis hier hat der Angeklagte die 12 Knabenmorde nicht bestritten, während er die vier Missetatsverbrechen, die ihm außerdem vorgeworfen wurden, im wesentlichen zugegeben hat.

In Beginn der Montagssperhandlung kam es zu einem bezeichnenden Zwischenfall. Im Rudel des Angeklagten war nach seiner Verhaftung ein

braunes Tuch gefunden worden, das eigentümliche Flecken zeigte.

Damals erklärte Seefeld in der Voruntersuchung, daß er das Tuch zum Einwickeln seiner Werkzeuge oder als Unterlage bei Reparaturen benutzte. Es sei möglich, so meinte er weiter, daß durch ätzende Flüssigkeiten die er bei diesen Reparaturen benutzte, diese Flecken entstanden sein könnten.

Unter großer Bewegung im Gerichtssaal teilte jetzt der chemische Sachverständige Prof. Brüning das Ergebnis seiner inzwischen vorgenommenen Untersuchung des Tuches mit. Danach ist das Tuch, das Seefeld in seinem Rudel hatte, durch und durch mit Menschenblut getränkt.

Vorländer: Nun, Seefeld, was sagen Sie dazu? Angeklagter Seefeld (erregt): Das gibt's ja gar nicht. Ich habe dieses Tuch nie gesehen, und ich habe auch nie eine Unterlage benutzt, wenn ich Uhren reparierte.

Sobald wurde der Zeuge A. aus Groß-Breesee vernommen, bei dem Seefeld gelegentlich Uhren repariert hatte. Im Laufe einer Unterhaltung habe Seefeld über seine Sorgen geklagt und geäußert, daß es das beste sei, aus dem Leben zu scheiden. Am glücklichsten wären die Menschen daran, die sterben. Er habe dann weiter gesagt: „Was denken Sie bloß, was ich für einen Nummer und für ein Leid mit mir herum-schleppe; wie herrlich müßte es sein, im einsamen Walde bei Schwerin zu sterben.“ Weiter habe ihm der Angeklagte erzählt, daß es

ein Gift gäbe, mit dem man sich schmerzlos das Leben nehmen könnte.

Auf die Frage des Zeugen, was denn das für ein Gift sei, habe der Angeklagte geantwortet: „Nur solche Sachen schmeißt man. In den Apotheken bekommt man ein solches Gift nicht. Und viele Ärzte kennen es überhaupt nicht.“

Seefeld hat einer Reihe weiterer Zeugen gleichfalls erzählt, daß er sich ein hartes Gift kaufen würde, um sich das Leben zu nehmen, wenn er einmal sein Landratsamtsamt nicht mehr führen könne.

In allen Aussagen dmer Zeugen steht die Erzählung des Angeklagten von dem geheimnisvollen Gift wieder. Ein Zeuge, den Seefeld vom Jahre 1931 an bis kurz vor seiner Verhaftung auf seinen Wanderungen hin und wieder ausgereicht hat, macht eine äußerst bemerkenswerte Aussage. Er befindet auf Vorkurs, daß er häufig das braune Tuch bei dem Angeklagten Seefeld gesehen hätte, dessen Verbleib Seefeld ebenfalls abgefragt hatte. Seefeld will auch jetzt von dem Tuch nichts wissen.

Mehrere Zeugen gegenüber hat Seefeld auch geäußert, daß er besondere Griffe kenne, mit denen man einen Menschen schnell töten könne.

Nebel auf der Unterelbe

Zusammenstoß vor der Elbmündung

In der Nacht zum Sonntag herrschte über der Elbmündung harter Nebel, der sich so weit verbreitete, daß am Sonntag in den frühen Morgenstunden der Schiffsverkehr völlig lahmgelegt wurde. Bis in die frühen Nachmittagsstunden hinein lagen etwa 30 Schiffe der verschiedenen Nationen zwischen Brunsbüttel und den Feuerböden vor Anker.

Bei den Feuerböden Elbe III und Elbe IV liefen am Sonntag nachmittags der holländische Dampfer „Sebilan“ und der dänische Dampfer „Dagmar“ zusammen, wobei beide Dampfer Ankerberührung über Wasser erlitten. Während der holländische keine Reize nach Hamburg fortsetzen konnte, mußte der dänische Dampfer „Dagmar“ bei Esbajen vor Anker gehen.

Der Perseus im Zeit durch Blüßling getötet

Ein eigenartiger Unfall, der vier Menschen das Leben kostete, ereignete sich in der vergangenen Nacht in Biarritz. Während eines heftigen Gewitters schlug der Blitz in eine Hochspannungsleitung ein. Von hier aus sprang er auf die

Der Meister und sein Lehrling

Der Klempnerlehrling J. wurde vor seinem Lehrmeister S. nach einjähriger Lehrzeit mit der Begründung entlassen, er sei betriebsunfähig und seine Aufträge nicht aus. Das Jugendgericht beurteilte den Meister zur Weiterentwicklung und zur Zahlung von 25 Gulden. Da seine unbilligen Entlassungsgründe vorgelegt hätten. Einmal das nach Sicherungnahme des Lehrverhältnisses erklärte der Meister dem Jungen, es wäre für beide Teile besser, das Lehrverhältnis zu lösen. Der Vater des Lehrlings fragte nun vor dem Arbeitsgericht auf Zahlung einer Entschädigung. Der Meister wurde zur Zahlung von 25 Gulden verurteilt, wenn 30 Gulden als Entschädigung für das grundsätzliche Brechen des Lehrverhältnisses zu betrachten sind.

Einrichtungs im Monat Februar: 5. 2. Schiffsverkehr; 10. 2. Zahlung der Schiffssteuer; 15. 2. Voranmeldung zur Umschreibung; 18. 2. Zahlung der Umschreibung; 15. 2. Zahlung des gemeinlichen Zoll (Einkommen, Körperliche, Gewerbe, Vermögens-, Umschreibung); 12. 2. Zahlung der Wohnungssteuer; 15. 2. Zahlung der Grundsteuer; 15. 2. Zahlung des gemeinlichen Grundzolls (Grundvermögensteuer, Müll-, Kanal- und Straßenreinigungsgeld). — Das Zinsrecht (insgesamt Grundzins- und Gemeinlichen Zoll) ist jetzt nach den in Händen befindlichen neuen Steuerbüchern zu erheben. — Versicherungs- und Umschreibungsvoranmeldungen sind rechtzeitig einzureichen, um die nötige Steuer inwiefern gesichert wird. — Nach Ablauf der Zahlungsfrist wird eine weitere Aufschreibung mit der zugehörigen Einzahlung begonnen. Dies gilt auch für die monatlich abzuführenden Beiträge an Unfallversicherung und Vermögenssteuer. — Gebilligte Wohnungen an die Gemeinlichen Zinsen sollen jetzt. Für nicht rechtzeitig eingeleitete Zahlungen wird ein Zinszuschlag von 2 bzw. 5 Prozent erhoben.

Was gehört die Wohnung? Bei der Grundbuchprüfung ist eine Anzeige mit verbindlichen Zeichen und anderen Zeichen

elektrische Lampe eines Wohnhauses über, in der ein spanischer Arbeiter mit seiner Frau und acht Kindern wohnte. Auf bisher ungeklärte Weise kam der Strom in Verbindung mit den Eisenblechplatten des Familienvaters und seiner drei Söhne, die alle auf der Stelle getötet wurden. Die Ehefrau erlitt lebensgefährliche Brandwunden, als sie ihren Kindern zu Hilfe eilen wollte und mit den Blechplatten in Berührung kam. Die anderen fünf Kinder blieben unverletzt. Auf den anderen Häusern richtete der Blitzschlag erheblichen Sachschaden an.

Der Fall Hauptmann

Gouverneur Hoffmann gegen die amerikanische Staatspolizei

Von einer Gouverneur Hoffmann nahestehenden Seite verlautet, daß es den Privatdetektiven Hoffmanns gelungen sei, die Personalkarte eines zweiten Mannes festzustellen, der im Verbaute, an der Entführung des Lindbergh-Kindes beteiligt gewesen zu sein. Dieser Verdächtige, so heißt es, soll in der Nacht, als Oberst Lindbergh und sein Unterhändler Dr. Condon auf dem Friedhof das Legefeld übergeben, an Lindberghs Auto vorbeigegangen sein, wobei er sein Taschentuch vor das Gesicht gehalten habe. Dieser Mann ist von der Polizei später auch als harmloser Straßenpassant bezeichnet worden. Die Verhaftung dieses Verdächtigen steht angeblich bevor.

Gouverneur Hoffmann beschäftigte sich in einer Unterredung mit Pressevertretern mit dieser Angelegenheit, wobei er das Verhalten der Staatspolizei tadelte. Er erklärte, daß keine Polizeistelle angeht, dieses Beweismaterial, das auf das Vorhandensein von Mittätern schließt, ihre Hände in den Schoß legen könne.

Eine Arbeiterbaracke niedergebrannt

Nacht Feuert, 30 Verletzte

An der im Bau begriffenen Parlerdamm-Lalverre am Coloradostraße bei Los Angeles ereignete sich in der Nacht ein schweres Brandunglück. Eine Arbeiterbaracke brannte in wenigen Minuten vollkommen nieder. Acht Arbeiter fanden in den Flammen den Tod, während über 30 zum Teil schwere Verbrennungen davontrugen.

Katzen der Kälte in den Vereinigten Staaten

50 Todesopfer auf vereisten Straßen

Die Kälteperiode, die seit dem 22. Januar den amerikanischen Mittelwesten heimfucht, scheint langsam ihrem Ende entgegenzugehen. Die Temperaturen stiegen auf 5 bis 15 Grad Celsius unter Null. Die völlig vereisten Landstraßen verursachten über das Wochenende zahlreiche Verkehrsunfälle, bei denen nach den bisher vorliegenden Meldungen 50 Personen getötet wurden. Mit 2500 Pfund Nahrungsmitteln an Bord starteten am Montag von Boston vier Flugzeuge, um den 3300 Bewohnern der seit über einer Woche durch riesige Eisfelder vom Festland abgeschnittenen Kanadai-Insel Hilfe zu bringen.

Schweres Verkehrsunfall in Detmold

Kraftfahrer fährt in eine Marktschlange — Keen Soldaten zum Teil ernst verletzt

Max Kemper in Detmold fuhr am Sonntagvormittag mit seinem Kraftwagen in eine Kolonne Soldaten, die vom Gottesdienst zurückkehrte. Keen Soldaten wurden verletzt, und zwar einer sehr schwer, drei schwer und die übrigen leichter. Der Kraftwagenführer scheint nicht ganz nüchtern gewesen zu sein. Er wurde sofort festgenommen und in das Amtsgericht zu Detmold eingeliefert.

Tödlicher Schuss in der Wachtube. In der Wachtube der Dach- und Schiefergesellschaft in Siegen kam am Montagvormittag ein Angestellter auf tragische Weise ums Leben. Ein Angestellter war damit beschäftigt, seinen Revolver zu entladen, als plötzlich ein Schuss krachte. Die Kugel drang seinem Rumpfen in den Leib, so daß er auf der Stelle tot war. Die polizeilichen Ermittlungen wurden sofort aufgenommen.

Angestellter Nord. Am 20. Januar wurde auf einem Gartengrundstück in Marienberg bei Berlin die Leiche der seit Herbst 1935 vermißten 17jährigen Schülerin Erna Vogel gefunden. Zwei Tage darauf gelang es der Kriminalpolizei, den Täter, den 25jährigen Albert Hübner aus Marienberg, festzunehmen. Der Mörder hat ein Geständnis abgelegt. Er hat das Mädchen am 23. August in einer Gartenlaube ermordet.

fern beschlagnahmt und sichergestellt worden. Außerdem befindet sich auf dem Zifferblatt die 24-Stunden-Zeit in roter Schrift. Die Uhr hat einen Durchmesser von 6,5 Millimeter. Personen, die Eigentumsrechte geltend machen können, werden ersucht, während der Dienststunden in der Zeit von 7.30 bis 15.30 Uhr, bei der Kriminalpolizei, Sondergruppe für Einbruch und Diebstahl, in der Bienenfajerne, Fleißergasse, Zimmer 12, zu erscheinen.

Europa im Aether

Hauptdarbietungen der Rundfunksender

Dienstag, 4. Februar

- 18.00 Brüssel franz.: Cello-Konzert. — 18.10 Prag: Deutsche Sendung und Nachrichten. — 18.30 Budapest: Chor-Konzert.
- 19.00 Droitzwich: Nachrichten. Anschl. Klavier. — London Regional: Nachrichten. Anschl. Klavier. — 19.15 Bukarest: Kammermusik. — 19.30 Lahti: Orchesterkonzert. — Kowno: Opernübertragung.
- 20.00 Budapest: Wiener Abend. — Warschau: „Boe von Stambul“. Operette. — 20.10 Kalmundberg: Orchesterkonzert. — Ziga: Opernmusik. — 20.30 Braunschweig: Über die Wirkung neuerlicher Waffen. — Ode: Orchesterkonzert. — Wien: Marsch- und Walzerabend. — 22.50 Posten Parisien: Bunter Programm.
- 21.00 Brüssel franz.: Orchesterkonzert. — Brüssel fläm.: Orchesterkonzert. — Droitzwich: Solistenkonzert. Anschl. Singspiel. — 21.10 London Regional: Tanzmusik. — 21.30 Paris PTT.: Opernübertragung.
- 22.00 Stockholm: Unterhaltungsmusik. — 22.05 London Regional: Solistenkonzert aus Liverpool. — Post Parisien: Orchesterkonzert. — 22.10 Wien: Kammermusik. — 22.15 Brüssel franz.: Beethoven Musik. — 22.25 Kalmundberg: Aeltere und neue Opern- und Musik.

Kurz Wellen: Braunschweig 540 — Brünn 525 — Brüssel franz. 434 — Brüssel fläm. 322 — Budapest 649 — Bukarest 364 — Hlversum II: 301 — London Regional 342 — Paris PTT. 432 — Posten Parisien 313 — Prag 470 — Ziga 515 — Stockholm 426 — Straßburg 346 — Wien 507

Langw. Wellen: Bukarest II: 834 — Droitzwich 1500 — Lahti 1807 — Hlversum I: 1875 — Kalmundberg 1261 — Kowno 1935 — Luxemburg 1304 — Moskau Kanalzone I 224 — Moskau III: 748 — Ode 1154 — Paris 1644

Zahlen über die SA.

Die SA hat sie abgelehnt

Die SA hat nach der nationalsozialistischen Machtübernahme manche Veränderungen erfahren. Besonders nach den Vorgängen am 30. Juni 1934 haben sich Charakter und tatsächliches Aufgabengebiet der SA wesentlich gewandelt, wie der Stabschef der SA, Luise, kürzlich selbst erklärt hat. Für den Nationalsozialisten sind die Vorgänge in den Parteigliederungen der NSDAP manchmal doch recht ausschlaggebend und deshalb wissenswert. Aus diesem Grunde möchten wir nicht veräumen, unseren Lesern aus einem Aufsatze im „Völkischen Beobachter“ einige Zahlen mitzuteilen. Es heißt dort u. a.:

„Die SA hat im Laufe ihres Bestehens verschiedene Umorganisationen erlebt. Es gibt gegenwärtig nur noch aktive SA (18- bis 35-jährige), SA-Reserve (36- bis 45-jährige) und SA-Landsturm (über 45 Jahre). Die gegenwärtige Gliederung der SA zeigt an der Spitze den Obersten SA-Führer Adolf Hitler und den Stabschef Luise und unter ihnen die „Oberste SA-Führung“, die in eine Reihe von Ämtern und Abteilungen untergliedert ist: die SA selbst umfasst unter dieser Führung 21 Gruppen, diese zerfallen in 97 Brigaden mit 627 Standarten. Die weitere Gliederung nach unten weist die Bezeichnungen Sturmabteilung, Sturmtrupp und Sturabteilung auf.“

Die SA gliedert sich in einer Stärke von rund 200 000 Mann in 10 SA-Oberabschnitte, 30 SA-Abschnitte und 85 SA-Standarten. An der Spitze steht der Reichsführer der SA, Himmler. Unter ihm ist das SA-Hauptamt die oberste Befehlsgewalt mit der Aufgabe, die SA in ihren drei Teilen, allgemeiner SA, SA-Verfügungstruppe und SA-Wachverbände, organisatorisch zusammenzufassen. Das Sicherheits-Hauptamt der SA ist die Zentralstelle des Sicherheitsdienstes des Reichsführers der SA und hat sich unter dieser Aufgabe zur politischen Nachrichtenstelle für die NSDAP und den Staat entwickelt. „Von hier aus“, so heißt es in dem Artikel, „wird das gesamte politische Geschehen in allen Einzelheiten und auf allen Lebensgebieten nach nationalsozialistischen Grundsätzen überwacht und beurteilt.“ Ebenso stellt sie naturgemäß viele Männer für den Dienst in der Geheimen Staatspolizei. Im Laufe der letzten Jahre hat die SA eine Verfügungstruppe in Stärke von drei Standarten und zwei Sturmabteilungen aufgestellt. Diese Truppe und die in Hundertschaften angegliederten Wachverbände für die Konzentrationslager sind mit Infanteriewaffen ausgerüstet.

Das NSKK, unter Führung des Korpsführers Kühnlein, ist ebenfalls in vier Abteilungen, drei Motorgruppen und 21 Brigaden und umfasst annähernd 600 000 deutsche Kraftfahrer.

Die SA erhielt im Sommer 1935 ihre letzte organisatorische Form. Die regionale Gliederung weist fünf Obergebiete auf, Ost, Nord, Mitte, Süd und West. In der Oberleitung nach unten gibt es Gebiete, Ober- und Unterbann, Banne und Gefolgschaften, Sturme und Kameradschaften. Die Zahl der Gefolgschaften wird mit ungefähr 12 000 angegeben.

50 Jahre Indischer Nationalkongress

Aus der Geschichte der nationalen Freiheitsbewegung Indiens.

Der Indische Nationalkongress (INR) hat vor kurzem sein 50-jähriges Bestehen gefeiert. Seine Gründung erfolgte damals auf Anregung des indischen Nationalisten Lord Dufferin, der sich einen Nationalkongress schaffen wollte. Außerdem fürchtete man damals eine Erhebung der Bauern, und man gedachte der Unzufriedenheit einen Damm entgegenzusetzen. Um 1890 charakterisierte man den Kongress so, daß er dem entspräche, was man in Europa eine liberale Bewegung nennen würde. Im Laufe der Jahrzehnte hat der INR sein Gesicht stark gewandelt. 1890 sprach der Arbeiterpartei Brailford nach seiner Indienreise davon, Bombay habe zwei Regierungen, die britische Regierung, der die europäische Bevölkerung, die indische Bevölkerung und die mohammedanische Minderheit loyal gegenüberstünden, und den INR, der die Stadt beherrsche und dessen geringsten Willen Folge geleistet werde. Seit 1905 wurde der INR zum Organ des indischen Nationalismus. Man führte die Waffe des Boykotts ein und proklamierte den passiven Widerstand, worauf Balpat Kel und andere Führer eingeleitet wurden. Darauf kam es zur Spaltung. Es entstand eine linksradikale Gruppe, die terroristische Wege einschlug. 1912 erfolgte ein Bombenanschlag auf den Vizekönig.

Nach dem Kriege trat dann Gandhi in den Vordergrund. Er warf, das Selbstbestimmungsrecht, und Swadeshi, der Schutz der einheimischen Industrie, wurden die Parolen, die passive Resistenz abermals das politische Kampfmittel. 1921 verbündete der INR die Gehorsamsverweigerung, die Nichtzahlung von Pachtgeldern und Steuern und anschließend den Boykott gegen den Besuch des britischen Kronprinzen. Die Bewegung wuchs Gandhi über den Kopf, und er suchte sie durch Verhandlungen mit dem Vizekönig in Simla einzubändigen. Anfang 1922 widersetzte er die Parole der Gehorsamsverweigerung, die in ihren Auswirkungen weit über die gemäßigten Ziele Gandhis hinausgegangen war. Die Bewegung brach zusammen.

25 000 indische Nationalisten fielen die Gefängnisse.

1928 folgte die nächste große nationalsozialistische Welle, die in dem Boykott der Simon-Kommission gipfelte. Unter der Führung von Bose schloßen 1929 die Linken die völlige Loslösung vom Britischen Empire, die Errichtung einer Regierung und eine sofortige neue Kampagne der Gehorsamsverweigerung vor. Gandhi nahm zunächst daran teil, indem er als symbolische Handlung das Verbot der Salzgewinnung übertrat. Aber auch diesmal ging die Welle über Gandhi hinweg. Im Nordwesten erhoben sich die Rebellen. Streiks erschütterten das Land. Massenarrestale wurden gefürchtet, überall kam es zu blutigen Kämpfen. Erst 1931 kam es zu einer gewissen Befriedung. Die Kämpfe in der Grenzprovinz wurden unterdrückt; dieses Mal wanderten 54 000 in die Gefängnisse, der Nationalkongress wurde als geschwächt erklärt und arbeitete illegal weiter. Gandhi führte Verhandlungen mit Lord Irwin über einen Waffenstillstand und nahm an der Round-Table-Konferenz teil. Nach seiner Rückkehr zeigte sich, daß sein Einfluß noch weiter zurückgegangen war. 1933 wurde der Ausschuss des INR verhaftet, die Zahl der Gefangenen stieg auf 120 000. 1934 lehnte der INR seine Arbeit auf breiterer Basis fort. Mit der Annahme der indischen Verfassung ist der INR in ein neues Stadium des politischen Kampfes eingetreten.

Wann werden die Kriegsbeschädigten?

Die ärztliche Abteilung des Reichsarbeitsministeriums hat in Gemeinschaft mit dem Reichsversicherungsamt eine Erhebung der Lebensverhältnisse der Kriegsbeschädigten aus dem Weltkrieg durchgeführt. Der Referent im Reichsversicherungsamt, Dr. Hoffen, erklärt hierzu im „Reichsarbeitsblatt“ unter anderem, daß eine Erhebung des Zusammenhanges zwischen der Kriegsverwundung und dem ferneren Lebenslaufe zu erlangen sei. Er weist darauf hin, daß es sich noch immer bei den Kriegsbeschädigten um einen Personenkreis handelt, der zahlenmäßig die Grenze von einer Million überschreitet. Die neuen Ermittlungen wollen nun genau erforschen, wie die sogenannte Grund-

krankheit, das ursprüngliche Beschädigungsstadium, sich weiter verhalten und zu welchen Krankheitserscheinungen es schließlich geführt hat. Der Beginn der Erhebung ist auf den 1. Juli 1936 festgelegt; die Statistik soll also mit Erfassung der Offiziere, Beamten und Mannschaften des Kriegsheeres einsetzen, die vom 1. Juli 1935 ab verstarben. Zählkarten dürften erstmalig Ende Februar 1936 zur Verarbeitung vorliegen.

Schonghast und Schweinepreise

Das Aufgeld, um Ware zu bekommen

Die Fleischknappheit hat in Deutschland dazu geführt, daß für Schlachtvieh unter der Hand höhere Preise gezahlt werden, als sie nach den Bestimmungen zulässig sind — eine Begleiterscheinung jeder Lebensmittelpenurie. Verschiedentlich sind die Staatsorgane mit Strafen vorgegangen, aber eine Besserung scheint kaum eingetreten zu sein. Jedenfalls hat, wie aus Hannover gemeldet wird, der dortige Regierungspräsident Ermittlungen angeordnet, die ergaben, daß von Erzeugern in den Verdauungsgebieten, insbesondere in der Rheinprovinz, Aufgelde auf die gesetzlich festgelegten Erzeugerpreise für Schweine vereinbart worden sind. Der Regierungspräsident hat in einer Reihe von Fällen die sofortige Inhaftnahme von Händlern und Erzeugern verfügt.

Gefängnisstrafe für eigenmächtige Mitgliebertung

Das Schöffengericht Burg verhandelte gegen einen Landwirt Otto Voigt aus Drebach, der Milch, die er der Volkerei hätte zuführen müssen, selbst verbuttert und die Butter in Magdeburg auf dem Wochenmarkt verkauft hatte. Voigt verbleibe in der nationalsozialistischen Organisation das Amt des Ortsbauernführers. Wie die Zeitungen angeben, blieben Warnungen des Mitgliebertungsverbandes ebenso eine Ordnungsstrafe von 100 Mark und eine zweite von 400 Mark erfolglos. Er gab vor Gericht sein Versehen zu, erklärte aber, er hätte mit der Magermilch, die er von der Volkerei zurückbekommen habe, sein Vieh nicht aufziehen können. Deshalb habe er selbst gebuttert. Ein Sachverständiger bezeichnete sein Verhalten als Sabotage an der Volkswirtschaft. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten entsprechend dem Urteile des Staatsanwalts zu sechs Monaten Gefängnis.

Der „gerechte Lohn“

Eine Forderung des Treuhänders der Arbeit

Der Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Brandenburg, Dr. Daeßner, schreibt in den Monatsheften für NS-Sozialpolitik über die Aufgaben der Treuhänder als Ordner des Arbeitslebens. Er nennt sie die „sozialen Statthalter der Reichsregierung“. Es gebe viele Zeichen wachsenden Verständnisses auf beiden Seiten, und fast täglich würden Beispiele ausgezeichneter Erfüllung der gesetzlichen Fürsorgepflicht durch Betriebsführer bekannt. Das könne jedoch nicht blind machen gegenüber denen, die immer noch den Treuhänder als notwendigen Uebel und den ganzen nationalsozialistischen Staat als vorübergehende Zeitererscheinung ansehen möchten. Auch unter der Gesetzmäßigkeit gebe es noch immer schwarze Schafe, die nicht begriffen hätten, daß der Sozialismus eines Adolf Hitler herzlich wenig mit dem eines Karl Marx zu tun habe. Wir möchten meinen, daß diesen „schwarzen Schafen“ der Unterschied sehr augenfällig demonstriert wird; sie dürften deshalb inzwischen schon so manches begriffen haben.

Der Treuhänder bezieht auch das Problem des „gerechten Lohnes“. Der gerechte Lohn sei derjenige, den jemand einerseits selbst als gerechte Entlohnung seiner Arbeit empfinde, der aber andererseits seine naturnotwendige Begrenzung habe in der volkswirtschaftlich wie sozialpolitisch gleich starken Forderung nach der Erhaltung der Lebensfähigkeit der Arbeitskräfte und der deutschen Wirtschaft überhaupt.

Das ist so gesagt, daß sich darunter jeder etwas anderes vorstellen kann. Der „gerechte Lohn“ bleibt also — wie bisher — in der Hauptsache ein wohlklingendes Wort, etwa, daß damit das notwendige Existenzminimum des Arbeiters sichergestellt wird.

Zuchthausurteile gegen Arbeiter

Illegale Arbeit im Randkriegsgebiet besonders „verwerflich“

In Essen wurde nach mehrstündiger Verhandlung des Volksgerichtshofes gegen acht Angeklagte, denen man vorwarf, sich der Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens schuldig gemacht zu haben, das Urteil gefällt. Die Angeklagten hatten versucht, eine illegale Organisation im Ruhrgebiet aufzubauen. Das Gericht schloß sich im allgemeinen den Anträgen des Anklagevertreters an und verurteilte sechs Angeklagte zu Zuchthausstrafen von 6 bis 15 Jahren; die bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihnen für die Zeit von 6 bis 10 Jahren aberkannt, außerdem wurde Stellung unter Polizeiaufsicht angeordnet. Zwei weitere Angeklagte, darunter eine Frau, erhielten 9 und 15 Monate Gefängnis wegen Beihilfe. Allen Verurteilten wurde die Untersuchungshaft angerechnet. Der Vorsitzende sah etwas besonders „verwerfliches“ bei den Taten der Angeklagten darin, daß sie ihre Tätigkeit in dem dicht besiedelten Industriegebiet ausübten.

Die Verbindung als Zivillist

Der Soldatenbund

Wir berichteten bereits über den Aufbau des neuen Deutschen Soldatenbundes. Der Bundesführer, General der Infanterie a. D. Freiherr von Eutter von Löben, nimmt jetzt in einem Aufsatz selbst Stellung zu den Zielen des Soldatenbundes. Er schreibt u. a., der Mann des Berufsstandes müsse in den Reihen enger Verbände bleiben mit seinem Stammtumverhältnis, müsse sich ihm zueignen bis zu einem gewissen Grade verantwortlich fühlen. Die Einzelnen des Soldatenbundes, die Kameradschaften, werden deshalb möglichst aus Angehörigen desselben Truppenteils gebildet und führen dessen Namen. Wie das Heer so ist auch der Bund unpolitisch. Er nimmt nicht Stellung zu Fragen, die politischen Charakter haben. Er kennt nur den soldatischen Gehorsam wie das Heer.

Wir haben schon damals darauf hingewiesen, daß die Reichswehr in dem neuen „Soldatenbund“ ihr Instrument sieht.

Das herzogliche Haus war nicht beflaunt. Die nationalsozialistische Presse bringt eine euphorische Mitteilung, daß das herzogliche Restaurant in Stuttgart am 30. Januar nicht angelegt hatte. Auf die Anfrage, weshalb die Festlegung am dritten Jahrestage des nationalsozialistischen Machtantritts unterblieben sei, hätte ein Postamtverwalter geantwortet, das herzogliche Haus habe Anweisung erhalten, überhaupt nicht zu lagern.

Die Bergleute wollen Roosevelt wählen. Die Vertreter amerikanischer Bergwerksgewerkschaften sind in Washington zu einer längeren Tagung zusammengetreten. Die Tagung beschloß einstimmig, für Roosevelt einzutreten und seine Wiederwahl mit Geldmitteln zu unterstützen.

Das schwere Wasser im lebenden Körper

Die „Neue Zürcher Zeitung“ berichtet über folgende interessante Experimente mit schwerem Wasser:

„Der Chemie-Nobelpreis des vergangenen Jahres erhielt der Amerikaner S. C. Urey für die Entdeckung des schweren Wasserstoffs, des sog. Wasserstoff-2-Isotops. Die Feststellung, daß die einzelnen Atome eines Elements im Gegensatz zur früheren Ansicht verschiedene schwerer sein können, wurde zuerst von dem Engländer F. W. Aston auf radioaktivem Gebiete gemacht. Diese Entdeckung der „Isotopie“ wurde seither bei den verschiedensten Elementen nachgewiesen: die meisten Grundstoffe sind Mischelemente, sie bestehen aus Isotopen. Praktisch hatte sich damit zunächst nichts geändert. Die Atomgewichte ein und desselben Elements, etwa des Sauerstoffs oder Lithiums, unterscheiden sich sehr wenig und die Mischelemente verhielten sich wie die „reinen“. Bei dem Wasserstoff Isotop lag jedoch von Anfang an die Sache anders. Die Masse des „schwereren“ Wasserstoffs beträgt das Doppelte des bis dahin bekannten Wasserstoffs. Es war klar, daß das schwere Isotop mit der Masse 2 sich auch chemisch anders verhalten muß als der gewöhnliche Wasserstoff mit der Masse 1. „Der Entdeckung des schweren Wasserstoffs kommt dieselbe Bedeutung zu wie der eines neuen Elements. Ihre volle Tragweite wird einem erst klar, wenn man sich überlegt, daß der schwere Wasserstoff ebenso wie der leichte (wobei zahllose Kohlenstoffverbindungen zu bilden vermag.“ (H. v. Söeß). Die bisher bekannte wichtigste Verbindung des schweren Wasserstoffs ist aber jedenfalls die mit dem Sauerstoff zum schweren Wasser. Kurz nach der Entdeckung des schweren Wasserstoffs sind die unangehörlichen Vermutungen aufgetaucht. Schon ein Tropfen sollte genügen, einen Menschen zu töten. Es wäre überdies das „gefährlichste Gift der Welt“, auch vom kriminologischen Standpunkt aus, da es keine Spuren hinterlasse, geruch- und geschmacklos sei. Wie bei allen wichtigen Entdeckungen, ging wieder einmal die Phantasie mit den Menschen durch. Allerdings waren die alsbald unternommenen Versuche zur „Gifftigkeit“ des schweren Wasserstoffs zuerst nicht ganz eindeutig. In einem Wasser, das zu dreißig Prozent aus schwerem Wasser bestand, schimmerten Einzeller, Flussschwürmer und Goldfische munter herum, ohne die geringste Beeinträchtigung. Erst im hochprozentigen schweren Wasser kam es zu Vergiftungserscheinungen: Fische starben nach drei Stunden, Einzeller, die je sehr häufig widerstandsfähiger sind als höhere Organismen, erst in 48 Stunden. Ebenso zeigten Experimente, daß Tabakpflanzen in nahezu reinem schweren Wasser nicht keimen. Dann unternahm in Amerika G. R. Lewis den ersten Versuch an einem Säuger. Er gab einer Maus innerhalb von drei Stunden 0,8 Kubikzentimeter 71- bzw. 87-prozentigen schweren Wasser zu trinken. Die Menge entspricht — dem Größenverhältnis von Maus und Mensch in Rechnung gesetzt — nicht weniger als 4 Liter beim Menschen. Trotzdem blieben eigenartige Vergiftungserscheinungen aus. Die Maus zeigte immerhin starke Unruhe, sprang herum, legte an den Händen ihres Beckens und schien immer durstiger zu werden, je mehr sie trank. Das Tier verhielt sich wie in einem Raufschaukel. Nebenbei, es war ein recht teurer Kauf. Die Herstellungs-kosten von 0,8 Kubikzentimeter hochprozentigen schweren Wasser betragen damals noch etwa 120 Franken. Inzwischen ist das schwere Wasser durch die Vermehrung industrieller (elektrolytischer) Wasserstoffstände und dank der Verbesserung der Gewinnungsverfahren sehr viel billiger geworden. — Angesichts dieser Tatsachen werden die erwähnten Phantasereien über schweres Wasser als spurloses Gift recht grotesk. Uebrigens haben die Norweger Klaus Hansen und Erling Ruktung festgestellt, daß hochprozentiges schweres Wasser fischförmig schmeckt als gewöhnliches Wasser. Auch Hansen nahm täglich 10 Gramm eines 98-prozentigen schweren Wasser zu sich. Selbst die geringsten Beeinträchtigungen blieben aus. Damit endgültig erwiesen sein dürfte, daß schweres Wasser weder „giftig“ noch „saur- und geschmacklos“ sei.“

Frühlingsblüte in Ungarn

Seit Tagen herrscht in Ungarn ein ungewöhnlich warmes Frühlingswetter, wie es seit vielen Jahrzehnten in dieser Jahreszeit dort nicht erlebt worden ist. Die Temperatur hat einen ungewöhnlichen Höhegrad erreicht. In den südlichen Teilen Ungarns stehen die Mandelbäume und Frühlingsblumen in voller Blüte. Obstbäume und Sträucher, die sonst Ende März zu grünen beginnen, werden bereits jetzt knospen. Die Gärten stehen im vollsten Grün. Unter den ungarischen Landwirten macht sich größte Beunruhigung und Besorgnis wegen des vorzeitigen Frühlingswetters bemerkbar, da die Gefahr besteht, daß ein plötzlich eintretender Frost die ganze Jahresernte zunichte machen könnte.

Aus dem Dritten Reich

Die im Verlage von Neuf und Itta erscheinende „Konstanzer Zeitung“, eine der ältesten Zeitungen Deutschlands, stellt mit dem 1. Februar ihr Erscheinen ein, mit ihr zugleich die „Oberländer-Zeitung“ in Singen a. F.

Auf Grund des Gesetzes über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens ist, wie die „Reichsische Landeszeitung“ mitteilt, das Vermögen des Bundesdeutscher Bodenreformer in Dortmund zugunsten des preussischen Staates eingezogen worden.

In Bad Säckingen wurde bei einem Appell der Freiwilligen Feuerwehr die Bildung einer Frauenfeuerwehr angeregt. 14 Frauen und 5 Mädchen meldeten sich sofort. Sie wurden durch den Kreisfeuerwehrführer zu einem Feuerwehr-Saalbau zusammengestellt.

Am 2. Februar wird die Bevölkerung der Stadt Braunschweig gemeinsam durch einen Appell der Ortsgruppen der Partei werden sich an besonderen Sammelplätzen aufzusuchen und unter Vorantritt von Musikkapellen zu den Kasernen der Stadt marschieren, in denen Soldaten das Essen in den Kantinen verabreichen. Teller und Bechler muß sich jeder Teilnehmer mitbringen. Es wird aufgefordert, den Bechler beim Umrufen in das Rufen zu setzen.

Landesbischof Dr. Johannes, der Reichsbischof des „Evangelischen Männerwerks“, hat angeordnet, daß alle an politischen Demonstrationen erinnernden Formen der öffentlichen Arbeit des Männerwerks, etwa Aufmärsche, Stützungsfeiern u. a., aufgegeben werden sollen. Die Fahnen aufgelöster evangelischer Vereine, z. B. Arbeitervereine, sollen nicht mehr gezeigt werden.

In Durlach sind neun Personen wegen Unüberwindlichkeit gegen das Aufschubgesetz bestraft worden, weil sie der Einberufung des Reichsluftschutzbundes zu einem Lehrgang keine Folge geleistet. Einer von ihnen, der gegenüber dem Polizeibeamten spöttische Bemerkungen machte, wurde mit acht Tagen Haft bestraft.

Die goldenen Schlüssel

Roman von H. L. Rumpff

17. Fortsetzung

Dr. Phi Sen drückte nacheinander auf zwei blaue Knöpfe einer hochgehenden Klingelkette aus milchglasähnlichem Material, die Phil erst jetzt neben der Lampe bemerkte. Dabei marmelte er ein altes hinesisches Sprichwort vor sich hin. Raugham verstand es und wurde betroffen.

19

Eine unabzählbare Filmreportage

Dr. Phi Sen schaltete die Lampe aus, allein es wurde nicht dunkel. Irigendwie hatte sich der Raum vergrößert, war mindestens um das Doppelte der Länge gewachsen — in Wirklichkeit war nur an einer Seite die Wand zurückgeglitten, um das dahinterliegende Zimmer mit dem Phi Sen zu verbinden. Als Richtschnur ergab sich am anderen Ende des gedehnten Raumes eine weiße Fläche, rechtlich aufleuchtend, eine — Phil traute seinen Augen nicht — eine Projektionswand!

Ehe er Zeit hatte, sich zu fassen, fiel ein Filmbild über die Fläche. Atemlos starrte Phil darauf hin, versuchte zum allerersten Male zu glauben, daß es doch ein ippigster Traum sei, der nicht aufhören wollte, ihn zu quälen, allein Raughams harte Stimme überzeugte ihn schnell von der Wirklichkeit des Erlebten.

Auf Wunsch Doktor Phi Sens folgendes zur Orientierung, sagte Raugham wieder mit der Andachtslosigkeit eines Museumsdieners, diese Originalaufnahmen wurden von einer automatisch funktionierenden Mikrolamera gemacht. Die arbeitenden Männer ahnten nicht, daß keine noch so geringe Bewegung verlorerlangt, sie hielten den maskierten Apparat für einen Stromumformer zur Lichterzeugung. Den Schanzplan brauche ich wohl nicht näher zu bezeichnen.

Philipp Spoor glöhte mit offenem Munde, aber er wollte jetzt keinen Moment länger an der jeder Phantasie spottenden Latsche, daß da die Vererbung der Sinesen im Treppentraum der Bank am Waterlooplatz gefilmt wurde. Folgerichtig sah er sich mit seinem ganzen durchsichtigen Schwindel unangenehm hilflos und lächerlich vor.

Die Leinwand zeigte den Salertram der Bank. Geradeaus, noch intakt und taghell bestrahlt, die große Schranke, deren numerierte Fächerreihen imponierend anstehen und jedem Angeriff gewachsen scheinen. An der Seite die Hälfte einer Gürteltiere aus Eisen, jeder mehrere Zentimeter hoch, einige, wie man gerade noch sehen kann, durchgehend und nach unten gebogen — die Lärre zur Silberlampe direkt unter der Strasse, durch die die Verbinder eingedrungen sind. Mitten vor dem Schrank ein Tisch, mit Wasserkrug oder Leder überzogen, ein Mann tritt heran, legt eine Reihe Serkonge nieder, in Stoff gewickelt, er wendet sich —

Mühsam unterdrückte Philipp Spoor einen Ausruf. Trotz des verhängerten Gesichtes erkannte er den Durchein, der ihm bisher als der anständigste der ganzen Gesellschaft erschienen war, den Schwarzhaarigen, der ihn am ersten Abend am Anhalter Bahnhof getroffen hatte.

Nach ein Kerl tritt auf, klein, geschmeidig, apathischer Typ, wahrscheinlich ein Malais. Mit unheimlicher Genauigkeit er um sich, wiederholt, beinahe mechanisch in die Kamera, ohne sie zu erkennen. Ein Dritter, ein Vierter, deren Gesichter durch Schmutz und zweifellos falsche Schminktärte unkenntlich sind.

Schlan, dachte Phil — nicht einmal bei der Arbeit legten sie die Masken ab, um sie bei plötzlicher Störung nicht zu verpassen.

Sie bringen eine kleine, aber höchlich maßstabmäßig schwere Stahlkassette — komprimierter Sauerstoff? — der Schwanzhaare prallt schmerzhaft den Verschluss. Sie verfahren, kehren zurück mit zwei mächtig großen Kompressoren, deren jeder zwei bis drei Heister enthält, paffen aus, Kabelleite, Werkzeuge, Schneidbrenner, einen kleineren, einen größeren — wohlproportioniert steht der Tisch fest aus, wie in einer fortschrittlichen Hochdruckwerkerei. Auch die Männer wirken in ihren glatten Verkleidungen ungeheuer wie technische Arbeiter, Schweißer oder Monteure — aber nur angefaßt. Alle tragen Gummihandschuhe und an den Händen diese Hülse, oder Gummihandschuhe. Sie machen einen abgepanzten Eindruck, trotzdem sind ihre Bewegungen flink, gleitend und sicher. Der Malais schließt sich, fast ist es, Schweißplättchen tauchen auf.

Der Schwarze führt den größeren Schneidbrenner und um die beiden Schweißer des Grades 67, man vermutet das Mischen des Schweißes zu hören, nach hinten schon beginnt die Staubbildung sich unter dem Grad der Stimme zu wackeln.

Der vierte — man erkennt höchst seine Augen in einem viereckigen Schilde — schließt sich mit durchdringendem Hammer und einer Art Sauerstoffschlauch an die geschweißte Wand heran, beugt sich über den Schneidbrenner, der erst ein kleines Loch in das 67 geschrien hat, beginnt mit mächtigen Schlägen, die das ganze Bild stäubend erschüttern, auf die runden Schweißnähte einer der unteren Fächer — Er 13 — losgerissen, eine Rinnle flang — zwei — schließlich bringt es auf.

Erst dann Phil über die gemeinsame Deckung der Fächer etwas unterrichtet war, hatte er angefaßt der viereckigen Fächerkammer nach hinten gewendet, daß sie sich in einen Neel durchbohrte. Ein glühendes Schmelz. Er konnte sich das Gefühl des Trübsinnigen vorstellen, daß die Männer durchbohrte, gleichgültig aber schätzte ihn eine federnde Trübsinn, schmerzlicher Jense dieses kranken Augenblicks an ihm — darauf machte er auf das Bild hatten, wie geschaut.

Der vierte muß auf dem aufgeschlossenen Fass ganz die hohe Kante herausgehoben, daß der Schwarze legt ihm die harte Wand auf den Arm und damit befehlend auf die Fächer und verblüfften Sauerstoff. Er schließt nicht gerade mit einem abgebrannten Schweißtafel als charakteristisch leuchtendste Bild der Szene nach innen.

Alle vier arbeiten mit Hebern, Hebern, Hebern, ruckelnd, Gummier und letzten gebrannten Schweißtafel, ruckelnd, als sei es Präzisionsarbeit in einer hochentwickelten Fabrikhalle, der Arme liegen — ein Wunderwerk ist es. Der vierte die Hälfte der Fächerkammer hebt auf — immer von hinten, die Stimme macht es, ein geräuschvolles Schmelz. Doch jeder Schweißnähte arbeitet der Malais am Handhab. Er hat sich ca die meisten großen Fächer herausgehoben.

Der Dritte — er trägt eine harte Mütze — verknüpft, um einen Augenblick hinter häufig zurückzuführen, alle unterbrechen die Arbeit, lauschen, hören sie auf der Seite wie müde Tiere vor dem schlafenden

Erst dann — dann winkt der Schwarze herübergehend, lachte, lachte — die Fächer Trepp —

Kann sehen alle Türen auf! — Die Männer blühen sich an Gesicht verblüht, verdreht, mit blutigen Schrammen von abspringenden Stahlstücken, Haare liegen in den Stirnen — sie lachen, richten ihre Augen gierig und wie verhezt auf die eroberte Wand des Schrankes, der ihnen jetzt seine Schätze ausliefern muß.

Der Schwarze befehle. Er selbst zieht die Kassette aus Fach 1 links oben, die anderen folgen — Bagatelle, mit den kleinen Schlüsseln der Kassetten fertig zu werden, die erste ist schon auf, der Malais hält sie auf den Tisch, neben dem die Koffer mit offenen Mäulern hatten.

Phil mußte einen Moment die Augen schließen, so unerträglich quälte ihn der Gedanke an die Verluste dieser Werte, die da mit grauenvoller Mühseligkeit und nicht gezerrt wurden, geräudert, zerlegt, auseinandergerissen, und das aus einer nach menschlichem Ermessen größten Eisenerz-Fabrik: Stahlkassette in kompliziert verflochtenem Stahlgeflecht in unterirdischer Stahlkammer mit hypermoderner Treppentür, Alarmglocken, Siemens-Noten, Panzerplatten, hydraulischen Schließern, die den wichtigsten Angriffsvorkehrungen mellen, und dem raffiniertesten geworden waren. Aber dann riß er die Augen wieder auf, erschüttert von der Einzigartigkeit des Vorgehens.

Der Schwarze portiert bereits. Seine Hände, in der pumpfahlgelbten Gummihaut aller Menschlichkeit entkleidet, sind beängstigend rauh und von anstrengender Arbeit. Schweißtafel umstrahlen sie, eine Perle wird kurz tagierend hochgehoben, Papieren nach höchster Prüfung weggeschleudert. Ringe prallen an, rollen über die Tischplatte, die Hand fängt sie, unachtsam — alles gleitet in kleine Lederfächer, die massenhaft in den Koffern liegen, eine Armbewegung legt die gekerkerten Etuis vom Tisch herunter, die Kassette fliegt hinterher, schon häufen sich neue Papiere, Briefbündel, Schweißtafel an am anderen Ende des Tisches. Das heißt jahrelanger Arbeit. Die Männer kommen mit dem Aufbrechen der Stahlkassette schneller voran als der Schweißende. Seine Ruhe angefaßt der Kofferteilen ist unheimlich oder bewundernswert. Die Schweißtafel kreist.

Baumnoten tauchen auf, einzeln, zu Dutzenden, bündelweise, gleiten in eine Klappe, die sich rasend schnell schließt, im Koffer verschwindet, von einer neuen erhebt sich — Vorbereitung sind sie! — Hartgeld rollt auf die Tischplatte, groß, klein, Silber, Goldstücke, was kann man erkennen? Der Schwarze wirft ein paar in die Luft, fängt sie auf wie ein Jongleur, Münze oder Krone? Alle lachen.

Mord an der „Gerechtigkeit“

Rum-Krieg auf Martinique

MTP. Paris, Ende Januar.

Am 12. Januar 1934 wurde auf der Halbinsel Martinique, etwa 10 Kilometer von der Stadt Fort-France, die Leiche des schwarzen Journalisten André Allier vom Meer aus Land gespült. Allier war gefesselt, die Hände waren auf dem Rücken zusammengebunden.

Die Antillen gehören seit 300 Jahren zu Frankreich, und erst in diesen Tagen wurde ihre Zugehörigkeit zum Mutterlande förmlich geklärt. Aber das Leben auf den Grünen Inseln ist heute noch durchdringt von jener Abenteuerromantik, die wir in unsern Tagen längst verblissen glauben, die wir in die Zeit der Piraten und Seeghölle zurückverlegen geneigt sind.

Der Mord am Journalisten Allier verletzete die Antillen in ungedeckter Aufregung, die lange dauern sollte, denn erst nach über zwei Jahren kam der Prozess zu einem Abschluss, am 5. Januar 1936, vor den Geschworenen von Bordeaux. Der Prozess endete mit einem Freispruch der Angeklagten, der in keiner Weise Licht in die mysteriöse Affäre zu bringen vermochte.

Stark Rum und Rum-Krieg

Vor dem Geschworenengericht in Bordeaux stand Emmanuel Allier, ein schwarzer Held des Weltkrieges, Träger von acht Kriegsverdienstkreuzen, von der einjährigen Erinnerungsmedaille bis Croix d'Ordre und der Medaille des Militärs, den höchsten Militärdienstauszeichnungen Frankreichs, einmündig und klinge kühnartig den Rum-Krieg der Antillen, den Nationalhelden Alliers, der Antikämpfer zum Nord an seinem Bruder an.

Das Rum-Geschäft ist ein romantisches und kompliziertes Geschäft. Schon einmal fand ein Rum-Krieg im Mittelmeer des Interesses Frankreichs, Jean Calmet, der sogar Denaturierter der Antillen-Regierung gewesen war, dessen Untere nehmen kann zusammenbrach, und der in geschweißter Bekleidung verhaftet, als er sich zur Wehrwehr in die Kammer stellte. Allier ist kein Rumhändler, sondern ein Rumproduzent, und 1930 bewies er seinen Willen zu. Dieser Willen hat der Journalist Allier in seinem Blatt „Justice“, „Gerechtigkeit“, ausgedrückt genügt, auf Grund von Anklagen eines Mitglieds des Rumproduzenten-Syndikats, Emmanuel de Laroche, der Antiker der Generaldirektion und des Rum-Syndikats, der hohe richterliche Verurteilungskammer unterlegen sein sollte. Diese Affäre endete übrigens mit einem Freispruch Alliers, vor dem Gericht in Bordeaux.

Die „Gerechtigkeit“ greift ein

Das Jahr 1933 an begann der Redakteur Allier seine Angriffe auf den Rumhandel. Die Zeit nicht nur auf die höchsten Verurteilungen der Antillen, sondern auch auf das gesamte französische Ausland ergriffen, auf dessen Hauptstädte Paris, und auf dessen Städte, die Weltgeheimnisse auf Martinique anstößte. Bald darauf veröffentlichte Allier, das ihm Antiker durch seinen Schützling, den Redakteur de Laroche, vermittelte Angebots habe machen lassen. Am 8. November wurde Allier von drei Ministern, von denen einer angeblich ein Angehöriger Alliers war, angefaßt und verhaftet. Das Strafgericht verurteilte ihn wegen Verleumdung.

Am 1. Januar 1934 wurde Allier von Unbekannten entführt, gefesselt, gefesselt, mit einem Boot auf die hohe See gebracht und ins Meer geworfen. Rumhändler konnten er sich befinden, irgendwann auf hohe See entzogen und sich retten. Am 11. Januar wurde er „erlöset“.

Unterirdische Kassetten

Der Untersuchungsrichter Duchemin hatte sofort wegen des angeblichen Verbleibens von Allier angefangen, genau die die auf den Rücken gebundenen Hände fanden. Er fand,

jedem wird ein Stück an, da, ihr. Weiter, ein Malis, teler, sie schwanden, und — jeder lacht auf das Gesicht, ehe er es in die Tasche schiebt. Jetzt tritt der Schwarze wie über einen schlechten Witz, zeigt dicke Waden großer Rassenheime — aber braune Laufender, er pfeffert sie in die Erde, kein Interesse, f. J., die Herren, was damit jetzt ärgert die Hand kurz, zwei Malis durchlöcheren spalten sich aus beiden Seiten, neben wieder einander, wieder in den Kassen gestopft, f. J., kein Interesse, fort, die nächsten bitte.

Erster Koffer gefüllt, abgeschlossen, prüft, weiter, weiter. Sie rufen, toller Mensch scheint über sie gekommen, schelte nur, daß sie singen und gröhlen, grimmig lachen sie, wie in Gefahr, trunken — aber der retzlich genossene Schwaps ist bestimmt nicht die Ursache.

Was für ein Zeugnis die Leute alles in Cafes vermahnen! Nicht zu glauben. Bücher, riesige Deste, Alben — keine Bekand, Ueberlegung, fort, allmähliche Rahmen, Blumensträuße, vertrocknet, tauschlich vertrocknete Blumensträuße, Gläser mit Präparaten oder sonst einem Mist — goldene Großunterhosen, dicke Dauernketten, steht nicht dafür weg.

Tragt mal raus! Der Vierte und der mit der Mühe tragen zwei Koffer hinaus, schwer müssen sie schleppen der Malais bleibt, nicht vom Goldbraut erfaßt, aber merklich anruhig. Er kniet am Boden, haut auf eine große Kassette ein, die er vorher schon mal zurückgedrückt hatte, sie trägt eine nicht erkennbare dreifellige Zahl, der Dedel springt auf — der Kerl zuckt zusammen, einen winzigen Moment lang —, unmerklich dreht er sich herum, dreht den Rücken zum Schwarzen am Tisch, abnungslos, daß er sich damit dem unbedeckten, unachtsam geblickten aller Augen ausliefern — einer Kamerarolle. Seine Finte, geschmeidig wie eine Schlange, gleitet in die bis obenhin gefüllte Kassette hinein, seine Rechte aber haut unentwegt weiter drauflos, wer die Schläge hört, kann nicht zweifeln, daß der Dedel noch zu ist.

Phil vermochte nicht die Blicke von den ausgelagerten Diebstahlgängen loszureißen, er schwiehte vor Aufregung. Ein Verbrecher betrügt den anderen in dessen Gegenwart, wird durch den Film entlarvt — kein Darryl-Well-Drama, sondern blutige Wahrheit —, man konnte nicht darüber nachdenken, konnte nur sehen, sehen —

Jetzt hat die Finte des Malais etwas erfährt, blitzschneller Blick nach rückwärts —, der Schwarze portiert, ohne umzusehen — die Hand zuckt zurück, schnell bis zum Kragen, schiebt einen kleinen Gegenstand —

Phil sieht einen heiseren Laut aus

Schiebt ihn zwischen Hals und Kragen, immer noch schlingt die Rechte zu, regelmäßig ohne Änderung im Abwehrhaus — endlich fällt der Hammer, über den Dedel, im selben Moment fährt die Männer zurück, der Malais schüttet den Inhalt der Kassette auf den Tisch, der Schwarze prüft ihn flüchtig, dann sah interessiert, warf Blick er die drei Kerle der Reihe nach an, schiebt den ganzen letzten Haufen in einen bisher noch leeren Koffer, schiebt zu, stellt ihn neben sich —

(Fortsetzung folgt.)

das Allier tags zuvor in einem Auto gesehen worden war, das ein Monsieur Melon lenkte und einem Schneider und Bogenermeister gehörte, der sich Roffat nannte, auch Darcy aber unter seinem wahren Namen Cyprien bereits mehrfach vorbestraft war. Es erwies sich sehr bald, daß das Haus des Roffat-Darcy-Cyprien ein Schlafwinkel der Entflohenen aus englischen Strafkolonien war. Von da aus führte die Spur zum schwarzen Boxer Charlie Hall, englischen Staatsbürger, dem Kommandanten der Leibgarde Kubergs, zum Venezolaner Alberto, dem Chef des Fahnenkampfringes des Millionärs, und — nein, die Spur führte den Untersuchungsrichter Duchemin nie weiter: am 17. März wurde er seiner Stelle entbunden!

Das Ende der „Gerechtigkeit“

„Justice“, das Blatt Alliers, war in Schwierigkeiten geraten, die man mit seinem Tode in Verbindung bringen wollte. Aber der Gerichtsprozeß mußte ausgeben, daß das Blatt in Bezug auf seine finanzielle Gebarung einwandfrei gewesen war, bis es sein Erscheinen infolge des allgemeinen Bankrotts der Banken einstellen mußte. Damit war auch der laute Aufklärer verschwunden.

Die wichtige Spur, die der Untersuchungsrichter gefunden hatte, wurde vernachlässigt: die Adressen Roffat-Darcy-Cypriens sagte aus, daß ihr Herr am 9. Januar eine Unterredung mit einem großen, bleichen jungen Mann gehabt hatte, und daß am 11. Januar Allier erschienen sei, der sonst nie dieses Haus betrat, mit der Erklärung, er wolle leben, ohne gesehen zu werden. Ganz Martinique ahnte, wer der große, bleiche junge Mann gewesen war, ahnte, daß dieser Allier am 11. Januar hatte kommen lassen, durch einen geheimnisvollen Brief, und daß dieses Hausbesuch das letzte Alliers gewesen war. Aber diese Spur wurde nicht verfolgt.

Der neue Untersuchungsrichter, der Aubrey und de Lavigne nicht vernahm, schloß die Untersuchung und erhob, gemäß den Vorarbeiten seines Vorgängers, die Anklage auf Verleumdung zum Nord.

Und nach zweijährigem Verfahren konnte der Verteidiger der Angeklagten rasch auf Freispruch maacels Beweisen plärieren. Sein Antrag drang durch, und die Rörber Alliers bleiben unbekannt.

R. M. P.

Ein Diebstahl für Cheggel

Als vor einigen Jahren Van der Velde seine Geschichte veröffentlichte, hatten diese zwar einen sensationellen Erfolg, aber man bestritt doch von vielen Seiten, daß man durch seine Worte und Belehrung höchstens Ehen glücklicher machen kann. Das Kuratorium der Universität von Indianapolis scheint nunmehr endgültig Van der Velde rechtgeben zu wollen. Denn es wurde an dieser Universität ein Diebstahl für Cheggel begründet. In jedem Semester findet eine besondere Vorlesung über Mittel und Wege zum Cheggel an Hand von praktischen Beispielen statt. Das letztere darf man nicht mißverstehen: die praktischen Beispiele betreffen ein Kavalier an Hand der Fälle aus seiner Praxis, in denen bei gutem Willen eine Scheidung zu vermeiden gewesen wäre.

Stimmen buchieren sich um einen Mann

Es war früher keine Seltenheit, daß Männer wegen einer Frau zur Fäule griffen und einen Zweikampf austrugten, daß sie über Frauen auf diese Art wegen eines Mannes aneinanderbelebten, dürfte wohl kaum auf früheren Zeiten beschränkt worden, geschweige denn heute zeitgemäß sein. Vielleicht wollten die beiden Duffanturen, die Sängerin Beville und die Malerin Albert in London, auch nur ihre Emanzipation beweisen. Sie gerieten sich also nicht in die Haare, sondern schloßen sich in aller Form eine Verbindung an einem Fiktionalbuch; auf diese Weise wollten sie ihre Unabhängigkeit von einem Mann erweisen. Bei der Unterredung zeigte sich die Malerin als die bessere Schachin. Sie darf besser unter Umständen aber die Malerin nachdenken, während die von ihr schwer verwundete Sängerin im Franzosenkriege ganz Zeit findet.

Erwerbslosen-Räte auf dem Lande

Sozialdemokratische Anfrage im Volkstag

Bekanntlich sind die Bestimmungen über die Gewährung der Erwerbslosenfürsorge auf dem Lande so erheblich eingeschränkt worden, daß ein Vergleich mit den Verhältnissen unter früheren Regierungen gar nicht mehr möglich ist.

In sehr vielen Landgemeinden sind die ledigen Erwerbslosen sowohl vom Besitze jeder Unterstützung, wie auch von der Arbeitsvermittlung ausgeschlossen.

In den Gemeinden Schöneberg und Endorf wird bei ledigen die Gewährung einer Unterstützung oder die Vermittlung als Notstandsarbeiter von der Abgabe einer schriftlichen Verpflichtung zum Eintritt in ein Arbeitslager im Deutschen Reich abhängig gemacht.

Wir fragen daher den Senat und ersuchen um Auskunft:

- 1. Ist dem Senat bekannt, daß in der oben geschilderten Weise ein Zwang auf ledige Erwerbslose ausgeübt wird, sich um Arbeit außerhalb ihrer Gemeinde und sogar im Ausland zu bemühen?
2. Ist dem Senat bekannt, daß in den Fällen, in welchen sich Erwerbslose außerhalb ihrer Gemeinde, aber innerhalb des Freistaates eine Arbeitsstelle selber besorgen haben, dann vom Arbeitsamt die Einstellungsgenehmigung verweigert wird?
3. Mit welchen Mitteln denkt der Senat dagegen einzuschreiten, daß in dieser Weise das Tätigwerden der öffentlichen Arbeitsvermittlung und das durch Gesetz und Verfassung vorgeschriebene Eingreifen der Fürsorge abgelehnt wird?

Ein gutes Geschäft!

Die Gebühren für Eier verdoppelt - Jahreseinnahme 72 000 Gulden

Manche Hausfrau, die Eier kaufen will, mußte bei ihrem Einkauf die betrübliche Feststellung machen, daß die Eierpreise, auch wenn man die Abwertung in Rechnung stellt, noch immer überaus hoch waren und daß trotz des anstehenden größeren Eierangebots die der Jahreszeit entsprechende Verbillichung nicht eintreten wollte.

Die Großhändler infolge des großen Angebots, wie es in dieser Jahreszeit immer einzutreten pflegt, mit ihren Preisen sehr heruntergegangen waren, denn die Großhändler hatten ihre Verkaufspreise schon bis auf 1,10 bis 1,15 Gulden pro Mandel gesenkt.

Infolge der teuren Eierpreise war es kein Wunder, daß der Eierumsatz beträchtlich zurückging. Er beträgt in diesem Jahre nur etwa 700 Risten pro Woche, während im Vorjahre um diese Zeit etwa 1000 Risten wöchentlich eingeführt wurden.

Infolge der zu hohen Preisbestimmung durch die Preisprüfungsstelle, die, weil sie die Preise jeweils immer für eine Woche festsetzt, nicht auf die jeweilige Marktlage entsprechend sofort mit Preisherabsetzungen reagieren kann, trat durch die geminderte Kaufkraft der Danziger Bevölkerung eine Umsatzkrumpfung um rund ein Drittel ein, die um so bedauerlicher ist, als Eier ein wegen ihres Nährwerts mit Recht beliebtestes Volksnahrungsmittel darstellen.

Die Großhandelsfirmen, die bei dem verringerten Umsatz keine genügende Erlösgrundlage mehr für sich sahen, traten deshalb an die Preisprüfungsstelle heran, um eine Aufhebung der Preisfestsetzung für Eier zu erreichen.

Nach anfänglichem Sträuben gab die Preisprüfungsstelle diesem Wunsche nach. Als heute die Eierhöchstpreise sowie die Durchleuchtungsfrist für Eier aufgehoben sind, hat die Milchverordnungsstelle, Abteilung Eier, sich hierbei wieder gute Gelegenheiten, sich neue Gewinne zu verschaffen.

Wir haben ja schon einmal ausführlich dargelegt, daß der Milchverordnungsverband für jede eingeleitete Mandel Eier einen Pfennig Gebühren erhebt. Bei 700 Risten, die Mitte zu 96 Mandeln sind, das wesentlich rund 700 Gulden. Aber damit ist der Milchverordnungsverband jetzt nicht mehr zufrieden. Er hält es, dauernd auf der Suche, nach neuen Mitteln für die nicht gerade rosigen Finanzen der Milchzentrale, nicht für nötig, daß die Verbraucher in vollem Umfang den Nutzen der niedrigen Eierpreise genießen. Er hat daher kurzerhand mit Wirkung vom 1. Februar die Gebühren verdoppelt.

und erhebt jetzt 2 Pfennige pro Mandel. Wenn diese Gebühren auch verhältnismäßig gering erscheinen, so muß man doch berücksichtigen, welche Beträge dabei im Laufe der Zeit zusammenkommen. Rechnet man nur durchschnittlich eine sehr geringe Einfuhr von 700 Risten wöchentlich, so ergibt sich allein dabei schon ein Jahreserdbienst von rund 72 000 Gulden, die der Danziger Verbraucher bezahlen muß und um welchen Betrag bei ihrem geringen Einkommen die Danziger Bevölkerung ihren Eierkonsum wahrscheinlich einschränken muß.

Wir haben schon früher weiter darauf hingewiesen, daß die Gebühren des Milchverordnungsverbandes nicht das einzige sind, was den Danziger Eierkonsum verteuert, denn ebenso wie der Danziger Verband, erhebt auch der polnische Baco-Verband, in dessen Händen die Genehmigung zur Einfuhr polnischer Eier nach Danzig zentralisiert ist, Gebühren, die der polnische Eiermarkt auf keinen Ver-

kaufspreis aufschlägt. Es ist uns aus Fachkreisen erklärt worden, daß, falls das ganze Branchenabkommen mit seinem verteuerten und komplizierten Genehmigungsverfahren nicht bestände, die Eier hier im Großhandel leicht mit 95 Pfg. abgegeben werden können. Jetzt ist aber der Großhandel nicht in der Lage, Eier unter 1,10 Gulden die Mandel abzugeben.

Und was eine Verteuerung der Mandel Eier um 15 Pfennige heute bedeutet, das weiß die Hausfrau, die mit ihren paar Pfennigen rechnen muß, wohl selbst am besten!

Wie diese kleine Rechnung ergibt, werden für keinen besonderen Arbeitsaufwand erfordernde Genehmigungen hohe Gebühren erhoben. Leider vermischt der Danziger Verbraucher bisher jede Rechnungslegung darüber, wozu die Gewinne verwendet werden, die die Versorgungsverbände aus ihrem dringendsten Lebensbedarf herausheben. Wir haben schon öfters deswegen an dieser Stelle Vorstellungen erhoben. Wir müssen feststellen, daß es bisher noch keiner der Versorgungsverbände oder einer der ihnen angeschlossenen Zentralen für nötig gehalten hat, auf diese Frage zu antworten. Die Gewinne sind nach wie vor das brennende Geheimnis um Versorgungsverbände und Zentralen.

Mordprozeß Gregorowski vor dem Obergericht

Es werden lediglich Rechtsfragen geprüft

Am heutigen Dienstag wird vor dem Ersten Strafsenat des Obergerichts die Revision des Freiremeisters Gregorowski verhandelt. Gregorowski hat bekanntlich am 12. Oktober die hochbetagte Gastwirtsmitwe Kildiger mit einem Hammer erschlagen. Den Hammer hat Gregorowski zum Tatort bereits mitgenommen. Frau Kildiger war dem Freiremeister dadurch bekannt geworden, weil er früher im Schwarzen Meer, in dem das Lokal der Frau Kildiger lag, gewohnt hat. Als Gregorowski in den Abendstunden des 12. Oktober zum Hause der Frau Kildiger kam, war das Lokal bereits geschlossen. Unter dem Vorwand, die Wäsche abzuholen, erhielt er Einlaß in das Lokal. Im Schankraum sprang Gregorowski dann die Greisin von hinten an und riß sie zur Erde. Da die alte Frau durch das Würgen noch nicht getötet war, schlug er sie dreimal mit dem Hammer auf den Kopf, wodurch der Tod herbeigeführt wurde. Die Beute war eine Handtasche mit Bargeld und eine Zigarettenschachtel mit Wertpapieren. Eine größere Summe Geldes wurde von ihm nicht entdeckt. Gregorowski trat dann den Heimweg an, doch bevor er seinen Freireladen, der in der Ziegelstraße lag, aufsuchte, stürzte er sich in der Rampe am Bahnhof mit alkoholischen Getränken. Zu Hause will er die Beute gezählt und über 1000 Gulden in Scheinen festgestellt haben. Anschließend ging Gregorowski, der zu der Zeit öfters trank, wiederum in eine Gastwirtschaft. Mit dem geraubten Gelde bezahlte er seine Schulden.

Am Sonntag, dem 2. Dezember, fand dann die Verhandlung vor der Ersten Großen Strafkammer statt. Der Angeklagte war geständig. Sein anfängliches Leugnen bei der Verhaftung hat er nämlich bald aufgegeben. In seiner Rede hat er an dem Mordabend gesagt, daß er später nach Hause kommen werde, da er einen Kameradschaftsabend besuchen wollte.

In der Verhandlung wurde die Todesstrafe für Gregorowski gefordert und auch angedroht. Der Freiremeister hat dann kurz vor Ablauf der gesetzlichen Frist Revision beantragt, so daß heute die Revision verhandelt wird.

Die Revisionsverhandlung gegen Gregorowski begann um 10 Uhr und ging unter großem Publikumsandrang vonstatten. Den Vorsitz führt Senatspräsident Bürgerle. Gregorowski hat sich zu der Revisionsverhandlung nicht verfahren lassen. Gregorowski wird von seinem Rechtsbeistand, Rechtsanwalt Waechter II, vertreten, der die verschiedensten Klagen vorträgt.

90-Jahr-Feier der Freien religiösen Gemeinde

Zur neunzig-Jahr-Feier der Freien religiösen Gemeinde in Danzig hatten sich die Gemeindeglieder am Sonntag im Deutschen Volkshause zusammengedrängt. Der Vorsteher, Alfred Hahn, sprach über das Werden und Leben der Gemeinde. Er ging in die Zeit der vierziger Jahre zurück, wo evangelische und katholische Kirchenangehörige mit den Dogmen und strengen Formeln nicht einverstanden waren. Sie wollten die Religiosität der Zeit im Jahre 1845 aufheben sie eine Gemeinde. Ungenügend wurde der Ausbau der Gemeinde gefördert. Der erste Friedhof wurde in der Schießstätte angelegt. Drei Kinder wurden dort an dem ersten Tage zur letzten Ruhe gebettet. Der Rat der Stadt Danzig und Bürger von Danzig und Stargard stifteten Kelche und Becken. - Viele, mit den ersten Tauf-, Trau- und Sterbheften waren zu einer Ausstellung vereinigt. Frau Elvira Hausdorffer und der Gemeindevorstand umarmten mit Niedern Klanglich den der Erinnerung gewidmeten Vortrag. Ein gefälliges Beisammensein beendete die Jubelfeier.

Danziger und Gdingener Schiffsliste

Im Danziger Hafen werden erwartet: Dan. D. „Scotia“, 5. 2. fällig, Atotra; dt. D. „Gretchen Müller“, 5. 2. fällig, Atlantik; norm. D. „Henry“, 5. 2. fällig, Behne u. Sieg; griech. D. „Nicolaos Michalos“, ca. 5/6. 2. fällig, Behne u. Sieg; norm. D. „Walbrunn“, 5. 2. von Gdingen, Gütern von Ostnorwegen, Bergenst.

Im Gdingener Hafen werden erwartet: D. „Baltgrien“, 4. 2. fällig, Behne u. Sieg; D. „Reil“, 6. 2. fällig, Behne u. Sieg; D. „Ervou“, 7. 2. fällig, Behne u. Sieg; D. „Jof. Bergendorff“, 7. 2. fällig, Behne u. Sieg; D. „Elsborg“, 8. 2. fällig, Behne u. Sieg; D. „Egon“, 10. 2. fällig, Behne u. Sieg; D. „Nimer“, ca. 7. 2. fällig, Pam.

Es liegen auf der Reede vor Gdingen: D. „Rosa“, 3. 2., Pam; D. „Jris“, 3. 2., Behne u. Sieg; D. „Cobers“, 3. 2., Polroh; D. „Lorkel“, 3. 2., Pam; D. „Ettas“, 3. 2., Pam.

Opfer der Arbeit

Auf der Schiffsbauwerkstatt ereignete sich gestern ein schwerer Unglücksfall. Der Vorhalter Paul Schröder, der bei dem Tankschiffenbau beschäftigt war, stürzte gegen 1/9 Uhr vor-mittags etwa 6 Meter tief in den Raum des Tankschiffenbaus. Mit schweren Schädelverletzungen wurde der Verunglückte durch das Sanitätsauto ins Krankenhaus geschafft.

Als gestohlen angehalten wurde eine Boick-Fahrradlampe Fabrikmarke „Kotodun“. Die Lampe ist angeblich Mitte Dezember v. J. von einem auf dem hiesigen Schlachthof stehenden Fahrrad abmontiert worden. Personen, die ihr Eigentumsrecht geltend machen können, wollen sich während der Dienststunden von 7.30-15.30 Uhr im Kriminalbüro Penabude melden.

Herzlicher Nachdienst In Not- und Pringstiszeiten haben heute nach in der Zeit von 2 bis 6 Uhr, folgende Gerate zur Verfügung: Dr. Asia I. Polmann 7728, Tel. 2384; Frau Dr. Frau Polmann 18, Tel. 2384.

Wieder ein Zwischenfall in Brauk

Eine Anzeige gegen den Amtsvorsteher Milz

Sich in aller Erinnerung dürfte der Zwischenfall sein, den der Vertreter der „Danziger Volkstimme“, der alte Engelmann, in dem Amtszimmer des Gemeinde- und Amtsvorstehers Milz in Brauk hatte. Engelmann ist im Amtszimmer bei seiner Vernehmung geschlagen worden. Milz hat das auch zu begründen aber sein Vorgehen damit, daß Engelmann sich renitent gezeigt hätte.

Jetzt wird aus Brauk ein neuer Zwischenfall gemeldet, der sich am Sonnabend, dem 1. Februar, in dem Amtszimmer von Milz ereignet hat. Der Arbeiter Hans Krause aus Ohra war an dem Tage mit Pferd und Wagen nach Brauk gefahren, um dort im Auftrage seiner Mutter Äpfel zu verkaufen. Mittags, gegen 1/2 Uhr, wurde er von einem Gendarm zum Gemeindevorsteher gebracht und dem Amtsvorsteher Milz vorgeführt. Ueber das, was sich dann weiter abgespielt hat, läßt das ärztliche Attest des Sanitätsrats Dr. Boenheim einige Anhaltspunkte erkennen. Das Attest lautet:

„Der Händler Hans Krause zu Danzig, Vorst-Bessels-Strasse 9, gibt an, heute mittag körperlich gemißhandelt zu sein. Er klagte über Schmerzen in der rechten Brustseite, am Hals, am Munde und an den Augen. Objektiv ist folgendes festzustellen: Das rechte untere Augenlid ist stark verschwellen und bläulich verfärbt. An der Oberlippe sieht man eine blutige Wunde. Am Nacken ist die Haut gerötet. Der innere Hals ist tiefrot gefärbt.“

Krause hat Strafanzeige gegen den Amtsvorsteher Milz erstattet. Sichtlich erfährt man bald etwas über den Ausgang dieser Angelegenheit.

Unser Wetterbericht

Wolkig, vereinzelt Schneefahnen, leichter Frost

Vorhersage für morgen: Wolkig, vereinzelt Schneefahnen, mäßige, zeitweise auffrischende West- bis Nordwestwinde, leichter Frost.

Aussichten für Donnerstag: Wolkig, teils heiter, leichter Frost.

Maximum des letzten Tages: 6,0 Grad. - Minimum des letzten Nacht: 2,2 Grad.

Schiffahrtsnotiz: Torpedoboot „Secadler“ hat im Fehmarnund rund 5 Meter innerhalb Tonne 4 und 5 ansetzend auf Stein Steuerungsdrüse beschädigt. Bis zur Nachprüfung ist Vorsicht geboten.

Polizeibericht vom 4. Februar 1936. Festgenommen 12 Personen; darunter 5 wegen Diebstahls, 2 wegen Obdachlosigkeit, 3 wegen Schmuggels, 2 wegen Trunkenheit.

Schlachtviehmarkt in Danzig

Ämtlicher Bericht vom 4. Februar 1936

Preise für 50 Kilogramm Lebendgewicht in Danziger Gulden.

Table with columns for animal types (A. Rinder, B. Bullen, C. Kühe, D. Färsen, E. Ferkel) and sub-categories (a, b, c, d) with corresponding prices in Danzig Gulden.

III. Schafe

a) Mastlamm und jüngere Mastlammel 1. Weidemast, 2. Stallmast

IV. Schweine

a) Ferkelschweine über 300 Pfund Lebendgewicht, b) vollfleischige Schweine von ca. 240 bis 300 Pfund Lebendgewicht

c) vollfleischige Schweine 1. von ca. 221 bis 240 Pfund Lebendgewicht, 2. von ca. 200 bis 220 Pfund Lebendgewicht

d) vollfleischige Schweine von ca. 180 bis 200 Pfund Lebendgewicht, e) fleischige Schweine von ca. 120 bis 180 Pfund Lebendgewicht

f) fleischige Schweine unter 120 Pfund Lebendgewicht, g) Sauen

Bacon-Schweine, Bettschweine

Auftrieb: 9 Lämmer, 41 Bullen, 58 Kühe, 18 Färsen, auf 126 Rinder; 67 Kälber, 1430 Schweine.

Außerdem wurden in der Woche noch aufgetrieben: 3 Bullen, 4 Kühe, 9 Kälber, 64 Schweine, 488 Lämmer.

Marktverkauf: Rinder, Kälber, Schafe und Schweine geräumt.

Bemerkungen: Die Erzeugerpreise liegen bei Rindern und Schweinen 4.- bis 6.- Gulden unter den notierten Großhandelspreisen. Ausgesuchte Rinder 2.- bis 4.- Gulden über Notiz. Die von den Fleischern für Schweine zu zahlenden Preise sind die notierten. Freistaatsvieh-Eintritts Montag bis 9 Uhr abends.

Der Marktbeauftragte.

Wasserstandsnotizen der Stromweichsel vom 4. Februar 1936.

Table with columns for locations (Eborn, Jordan, Culm, Graudenz, Kurzebrad) and water levels for different dates (3. 2. 5. 2., 3. 2. 4. 2., 31. 1. 1. 2., 31. i. 1. 2.).

